Lübecker Volksbote.

Organ für die Interessen der werktätigen Bevölkerung.

Mit der illustrierten Beilage „Die Neue Welt“ und einer wöchentlichen Unterhaltungsbeilage.

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, und die Post zu beziehen. — Der Abonnementspreis beträgt vierteljährlich 2.00 Mark, monatlich 70 Pfennig.

Redaktion u. Geschäftsstelle: Johannisstraße Nr. 46.

Fernsprecher: Nr. 926.

Die Anzeigengebühr beträgt für die fünfgespaltene Petitzeile oder deren Raum 20 Pfg., Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 10 Pfg., auswärtige Anzeigen 30 Pfg. — Inserate für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr vormittags, größere früher, i der Expedition abgegeben werden.

Nr. 258. Montag, den 3. November 1913. 20. Jahrg.

Hierzu eine Beilage.

Wissenschaftlicher Sozialismus.

Wenn Sozialdemokraten vom „Sozialismus“ sprechen, so meinen sie damit entweder ein Ziel oder eine Bewegung oder eine Wissenschaft. Der „Sozialismus“ als Ziel ist eine Gesellschaftsordnung, in der die Produktionsmittel (Grund und Boden, Gruben und Bergwerke, Rohstoffe, Werkzeuge, Maschinen, Verkehrsmittel) Eigentum der Gesamtheit sind. Sozialismus als Bewegung ist das Bestreben, dieses Ziel zu erreichen.

Was ist nun der Sozialismus als Wissenschaft, der wissenschaftliche Sozialismus? Jede Wissenschaft muß ein Forschungsgebiet haben. Das Forschungsgebiet des wissenschaftlichen Sozialismus ist die Entwicklung der kapitalistischen Gesellschaft, wozu insbesondere die Natur und die Bedingungen der proletarischen Bewegung gehören. Wir nennen diese Wissenschaft „Sozialismus“, weil ihr wichtigstes Resultat die Erkenntnis ist, daß die kapitalistische Gesellschaft naturnotwendig in die sozialistische umgestaltet werden wird.

Die bestehende Gesellschaft nennen wir die „kapitalistische“, weil in ihr die Produktion (Herstellung) der Lebens- und Genußmittel fast nur eine „kapitalistische“ ist. Ein Privateigentum bildet noch kein Kapital. Wer z. B. einen Verbrauchsgegenstand besitzt, hat noch kein Kapital. Aber auch wer Produktionsmittel als sein Eigentum besitzt, ist noch keineswegs Kapitalist. Wer mit seinen eigenen Produktionsmitteln selbst arbeitet und keinen anderen beschäftigt, produziert nicht kapitalistisch. Aber auch ein reicher Eigentümer von Produktionsmitteln, der müßig geht und andere für sich arbeiten läßt, läßt keine kapitalistische Produktion betreiben, wenn er die an seinen Produktionsmitteln für ihn hergestellten Gebrauchsgegenstände selbst allein oder mit seiner Familie, seinen Arbeitern und guten Freunden verbraucht. Aber auch wenn der Mann die Produkte verkauft, ist seine Produktion keine kapitalistische, falls die von ihm beschäftigten Arbeiter seine Sklaven sind, also zu seinem Privateigentum gehören, nicht aber als Lohnarbeiter schaffen.

Eine kapitalistische Gesellschaft ist also eine solche, in der die Produktion vorwiegend zwecks Verkaufs der Produkte in Betrieben stattfindet, die anderen gehören, als den in ihnen beschäftigten Arbeitern, falls diese nicht Sklaven ihrer Beschäftiger sind, sondern gegen Lohn tätig sind.

Die Entwicklung unserer kapitalistischen Gesellschaft kann nicht verstanden werden, ohne daß die Natur und die Bedingungen der proletarischen Bewegung begriffen sind.

Unter „proletarischer“ Bewegung verstehen wir die zwecks Verbesserung ihrer Lebensbedingungen von Proletariern unternommene Tätigkeit. Das Wort „Proletarier“ kann im engeren und im weiteren Sinne gebraucht werden; wenn wir von „proletarischer Bewegung“ sprechen, haben wir die Bewegung auch der Proletarier im weiteren Sinne mit einzubegreifen. Die Proletarier im engeren Sinne sind die Lohnarbeiter, zum Proletariat im weiteren Sinne gehören alle, die von Löhnen oder Gehältern ohne das Bewußtsein leben müssen, daß es ihnen einmal möglich sein wird, vom Ertrage ihres Grundbesitzes oder Kapitals zu leben.

Der Unterschied zwischen „Lohnarbeitern“ und den übrigen Proletariern (im weiteren Sinne dieses Wortes) ist kein fester. Oft ist es recht willkürlich, ob man von einem „Lohn“ oder einem „Gehalt“ spricht und ein recht hoher „Lohn“ wird auch dem Beamten oder Privatangestellten mit ausgesprochenem „Standesbewußtsein“ lieber sein, als ein miserables „Gehalt“. Im allgemeinen spricht man von „Lohn“ als einem Entgelt für eine Tätigkeit, die in allen ihren Einzelheiten dem Arbeiter von seinem Beschäftiger vorgeschrieben wird, während „Gehalt“ für die Erledigung eines allgemeinen Auftrages entrichtet wird, dessen sachgemäße Erledigung in ihren Einzelheiten dem Beschäftigten selbst überlassen ist. Man kann dem bürgerlichen Nationalökonomen Sombarth folgen, der die Proletarier im weiteren Sinne „proletaroide Elemente“ nennt, wenn man sie von den Lohnarbeitern unterscheiden will.

Der wissenschaftliche Sozialismus erforscht, wie wir oben sagten, nicht nur die Natur, sondern auch die Bedingung der proletarischen Bewegung. Bedingungen sind Umstände, die bedingen, daß sich etwas nicht anders verhält, als es sich verhält.

Der wissenschaftliche Sozialismus sucht also die Fragen zu beantworten: Welche Umstände bedingten, daß die proletarische Bewegung entstand? Welchen Verlauf nahm die proletarische Bewegung bisher? Warum mußte sie just diesen Verlauf nehmen? Welche für die proletarische Bewegung und ihren Verlauf maßgebenden Umstände liegen jetzt vor und welche wird die Zukunft bringen? Welche Richtung wird die proletarische Bewegung also in Zukunft einschlagen?

Die unbefangene Erforschung der Natur und der Bedingungen der proletarischen Bewegung in Verbindung mit der Erforschung der Entwicklung der kapitalistischen Gesellschaft überhaupt ergibt als Ergebnis, daß das Proletariat zur Macht gelangen und dann die kapitalistische in die sozialistische Gesellschaft verwandeln wird. Der wissenschaftliche Sozialismus ist eine Ansicht, die Zugehörigkeit zur Sozialdemokratie beweist eine Absicht, nämlich die, mit den von unserer Parteiorganisation beschlossenen Mitteln die Interessen des Proletariats zu wahren und die Umwandlung der kapitalistischen Gesellschaft in die sozialistische zu erstreben. Nicht jeder Sozialdemokrat hat Verständnis für den wissenschaftlichen Sozialismus; es ist andererseits denkbar, daß jemand den wissenschaftlichen Sozialismus als richtig anerkennt, obwohl er Gegner der Sozialdemokratie ist. Es läßt sich denken, daß auch, wer — etwa weil er sich des Besitzes eines großen Vermögens erfreut — jeden Erfolg unserer Partei beklagt, die Unvermeidlichkeit des Sieges der sozialistischen Bestrebungen erkennt. Freilich ist auch den Denkfähigsten unserer Gegner bisher nur ein leises Dämmern, nicht eine klare Erkenntnis des der Menschheit bevorstehenden Entwicklungsresultats aufgegangen.

Vielleicht wird mancher sich denken, daß der wissenschaftliche Sozialismus entbehrlich sei, wenn man — wenigstens als Proletarier — ein recht guter Sozialdemokrat sein kann ohne vom wissenschaftlichen Sozialismus etwas zu verstehen. Sozialdemokraten treiben aber keine Wissenschaft, nur um ihren Wissensdrang zu befriedigen, sondern stets auch um die proletarische Bewegung zu fördern. Der Erforschung der Praxis entnehmen wir unsere Theorie, aber mit unserer Theorie befruchten wir auch die Praxis.

Der praktische Zweck des theoretischen Sozialismus ist, dem Proletariat die Natur und die Bedingungen seiner eigenen Bewegung zum Bewußtsein zu bringen. Der einzelne Mensch ist sich über sein eigenes Tun nicht ganz klar. Aber auch, wenn der einzelne Proletarier sich voll bewußt über das ist, was er selbst innerhalb der proletarischen Bewegung tut und beabsichtigt, ist er noch lange nicht über die Natur und die Bedingungen der ganzen Bewegung klar, in der er selbst nur ein Atom bildet. Kennt das Proletariat die Natur und die Bedingungen seiner eigenen Bewegung, ist es sich klar über die Entwicklung der kapitalistischen Gesellschaft, so kennt es auch das Terrain, auf dem es seinen Klassenkampf durchzufechten hat, und kann taktische Fehler leichter vermeiden. Ein Feldherr kann auf ihm unbekanntem Gelände viel schwerer seine Schlachten gewinnen, wie auf einem Kampfplatze, den er genau kennt. Siegesgewißheit verleiht Mut, Begeisterung, Kampflust, während der Zweifel am Siege entmutigt und den Eifer streitender Heere lähmt. Der wissenschaftliche Sozialismus erkennt also nicht nur theoretisch die Naturnotwendigkeit des Sieges des Proletariats, sondern beschleunigt auch praktisch den Triumph der Klasse, aus deren Lebensbedingungen er entstanden ist.

Politische Rundschau.

Deutschland.

v. Liebert als Privatkläger.

Im „Berliner Tageblatt“ war vor einiger Zeit im Anschluß an eine Rede des Reichstagsabgeordneten v. Liebert, Vorsitzenden des Reichsverbandes gegen die Sozialdemokratie, ein Artikel erschienen, der sich mit der Beteiligung des v. Liebert an verschiedenen Kolonialgründungen beschäftigte. v. Liebert hatte im Reichstage den militärischen Mitarbeiter des „Berl. Tageblattes“, Major a. D. Moraht, heftig angegriffen, da dieser geschrieben hatte, es müsse aufhören, die Juden aus dem Offizierkorps auszuschließen. Das „Berliner Tageblatt“ schrieb, Herr v. Liebert sei der am wenigsten geeignete Mann, über andere den Stab zu brechen. Er habe in seiner Eigenschaft als Gouverneur von Ostafrika während seiner kurzen Amtsperiode elf Aufstände gehabt, während sein Nachfolger, Herr v. Rechenberg, nicht einen Aufstand hatte. Außerdem habe sich v. Liebert hervorragend an diversen Kolonialgründungen zweifelhaftester Art beteiligt. Zum Beispiel sei er Vorsitzender des Aufsichtsrates der Rufiji-Baumwollgesellschaft gewesen, die bereits nach kurzer Zeit krachen ging, wodurch eine ganze Anzahl kleiner Sparer ihr Vermögen verloren. In ähnlicher Weise sei es mit mehreren anderen Baumwoll- und Kautschuk-Gesellschaften gegangen. Durch falsche Prospekte veranlaßt, an deren Herstellung Herr v. Liebert nicht unschuldig sei, hätten eine ganze Anzahl kleiner Leute Aktien gekauft und ihr ganzes Vermögen verloren, da alle diese Gründungen verkracht seien. — General v. Liebert strengte gegen den verantwortlichen Redakteur des „Berl. Tageblattes“, Max Schröder, wegen dieser Aeußerungen Privatklage an, die am Freitag vor dem Schöffengericht Berlin-Mitte verhandelt wurde. Die Verteidiger boten einen ausführlichen Beweis über die Tageblatt-Behauptungen an. Die Vertreter des persönlich erschienenen Privatklägers dagegen beantragten, den Beweis abzulehnen und bereits heute ein Urteil zu fällen. Der Gerichtshof beschloß nach kurzer Beratung, die Verhandlung zu vertagen und zum neuen Termin verschiedene Zeugen zu laden über die Beteiligung des Privatklägers an der Rufiji-Gesellschaft. Als Sachverständiger soll der Direktor der Deutschen Bank in Berlin, Dr. Helfferich, geladen werden.

Wasser auf die Mühlen der Chauvinisten.

Die liberale „Straßburger Bürger-Zeitung“ meldet, daß der General v. Deimling in Straßburg eine Ansprache an Reservisten richtete, die eine 14tägige Uebung ableisteten. Nachdem ein Offizier die Leistungen des zu zwei Dritteln aus Elsässern bestehenden Reserveregiments gelobt hatte, soll sich General v. Deimling in seiner Ansprache dahin ausgelassen haben, daß in einem kommenden Kriege die Mannschaften der Reserve und der Landwehr mit gleicher Bravour vorzugehen hätten, die sie heute bekundet haben. Von Gegnern sei das Vaterland rings umgeben. Es warteten einige Erzfeinde nur darauf, über uns herzufallen. Nicht der Beruf, nicht die Familie, nicht irgendwelche andere Sonderinteressen dürften die Mannschaften abhalten, im Ernstfalle allein sich den Aufgaben des Vaterlandes mit blindem Opfermut zu weihen. Es gelte dann gegen die Rothosen mit gleicher Bravour loszugehen, wie sie heute beim Sturm auf die rote Flagge zum Durchbruch kam, damit die Kerle Angst bekämen, wenn wir erst mal losmarschierten.

Was eine solche Rede an der französischen Grenze bedeutet, kann nur der ermessen, der ständig mit dem Volke Fühlung hat. Auch die liberale „Straßburger Bürger-Zeitung“ wendet sich ganz entschieden gegen die Ausführungen des Generals v. Deimling.

Über Vorarbeiten zu einem Reichswohnungsgesetz

schreiben die „Berliner Politischen Nachrichten“:

„In Gemäßheit einer Resolution des Reichstags, die die Reichsregierung um Materialbeschaffung aus dem Gebiete der Wohnungsfürsorge ersucht, finden demnächst im Reichsamt des Innern unter Teilnahme von bundesstaatlichen Delegierten eingehende Vorbesprechungen statt. Der Zweck ist, neben der Beschaffung der erforderlichen Unterlagen für die Beurteilung reichsgesetzlicher Maßnahmen auf dem Gebiete der Wohnungspflege und Wohnungsaufsicht die Reichsregierung in den Stand zu setzen, gegebenenfalls im Einvernehmen mit den einzelstaatlichen Instanzen Stellung nehmen zu können.“

Der neue Herzog von Gottes Gnaden.

Die offiziöse „Nordd. Allg. Ztg.“ bekundet, daß die Thronfolge im Herzogtum Braunschweig nunmehr geregelt ist. Das Blatt schreibt:

„Die Häuser Hohenzollern und Welf sind versöhnt und durch neue Familienbande eng verbunden. Nach den öffentlich abgegebenen, von seinem Herrn Vater gebilligten Erklärungen des Herzogs Ernst August kann von einer Anfechtung des preußischen Besitzstandes in Zukunft nicht mehr die Rede sein. Unter so veränderten Umständen brauchte die im Bundesratsbeschluß von 1907 enthaltene Forderung eines förmlichen Verzichts auf vermeintliche Rechte nicht aufrechterhalten zu werden. Es sprach dafür auch die Erwägung, daß nach der in der staatsrechtlichen Wissenschaft mehr und mehr übereinstimmend gewordenen Ansicht der Verzicht auf ein Thronfolgerecht, selbst wenn er ausdrücklich auch für die Nachkommen erklärt wird, nur den Verzichtenden selbst bindet und nicht seine Erben. Die erforderlichen Bürgschaften mußten deshalb in anderer Weise gefunden werden.

Und solche Bürgschaften sind ausreichend gegeben. Sie liegen in der Persönlichkeit des jungen Fürsten, dem das Kaiserpaar die einzige Tochter anvertraut hat. Sie liegen in seinen Erklärungen an den Reichskanzler. Sie liegen, vom Persönlichen abgesehen, in seiner Stellung als regierender Herzog von Braunschweig, die ihm mit den Rechten auch die Pflichten eines deutschen Bundesfürsten überträgt. Sie liegen in der Kundgebung, die der Herzog heute bei seinem Regierungsantritt erlassen hat, und in der es heißt:

„Als deutscher Fürst werden Wir stets in unerschütterlicher Treue zum Reiche und seinem erhabenen Oberhaupte stehen und im Verhältnis zu Unseren hohen Verbündeten allezeit Unsere Verpflichtungen erfüllen, die Uns durch die

Reichsverfassung und die ihr zu Grunde liegenden Bündnisverträge auferlegt sind."

Bei dieser Sachlage lag kein Grund für den Bundesrat mehr vor, die Erfüllung der berechtigten Ansprüche Braunschweigs auf endgültige Regelung der Thronfolge länger auszusetzen und den Erben der braunschweigischen Krone von der Regierung fernzuhalten, dessen klare und bündige Versprechungen jede Gefährdung des Rechtsfriedens durch ihn ausschließen."

Die amtlichen „Braunschweigischen Anzeigen" veröffentlichen am Sonnabend in einer Sonderausgabe das Patent des Herzogs Ernst August zu Braunschweig und Lüneburg, dessen entscheidende Stellen lauten: „Wir versichern bei Unserem fürstlichen Worte, daß Wir die Landesverfassung und alle ihre Bestimmungen beobachten, aufrechterhalten und beschützen wollen. Als deutscher Fürst werden Wir stets in unerschütterlicher Treue zum Reiche und seinem erhabenen Oberhaupte stehen und im Verhältnis zu Unseren hohen Verbündeten allezeit Unsere Verpflichtungen erfüllen, die Uns durch die Reichsverfassung und die ihr zu Grunde liegenden Bündnisverträge auferlegt sind. Wir geloben auf dieser Grundlage der Gerechtigkeit und Fürsorge alle Unsere Kräfte dem Wohle des Landes zu weihen, und bitten Gott um seinen gnädigen Beistand, damit Unsere Regierung dem Herzogtum zum Segen gereiche."

Nun fehlt ja nichts mehr, und die guten Braunschweiger haben ihren Gottesgnaden-Herzog. Hurra! Hurra! Hurra!

Reaktionäre Wünsche.

Das Vordrängen der Sozialdemokratie in den Gemeindevertretungen ist den Reaktionären seit langem ein Dorn im Auge. Zwar haben sich in einer ganzen Anzahl von Gemeinden die engherzigsten Spießbürger eine chinesische Mauer gezogen, um den Einzug der Sozialdemokraten in das Gemeindeparlament nach Möglichkeit zu verhindern, doch hatte dieses Vorgehen noch nicht den gewünschten Erfolg. Es soll daher mit Hilfe des preußischen Junkerparlaments ganze Arbeit gemacht werden. Und zwar soll in Schleswig-Holstein der Hebel angesetzt werden. Nach einer Meldung der freikonservativen „Post„ soll dem preußischen Landtage in der kommenden Tagung ein Gesetzentwurf über die Abänderung des schleswig-holsteinischen Gemeindewahlrechts vorgelegt werden. Eine solche Aenderung sei notwendig geworden, weil die starke Industrialisierung der schleswig-holsteinischen Städte ein starkes Anschwellen der Sozialdemokratie in den Gemeindevertretungen herbeigeführt hat, eine Entwicklung, die noch begünstigt worden sei durch das jetzt in Schleswig-Holstein geltende Gemeindewahlrecht. — Es ist möglich, daß durch diese Notiz nur ein Fühler ausgestreckt werden soll. Wird jedoch der Kampf gewünscht, so wird die Sozialdemokratie auf dem Plan sein.

Rußlands Wünsche zum russisch-deutschen Handelsvertrag.

Der Kongreß für Handel und Industrie hat zur Revision des russisch-deutschen Handelsvertrages Stellung genommen und folgende Wünsche geäußert: Die Einführung eines erhöhten Einfuhrzolles auf deutsches Getreide angesichts der Zunahme der Einfuhr von deutschem Getreide aus den Grenzgebieten; die Einschränkung der Ausfuhr von Kleie und Oelkuchen aus Rußland mit Rücksicht auf die Deckung des Lokalbedarfs; die Regulierung der gesamten Frage des Vieherports, der durch die hohen deutschen Eisenbahntarife gehemmt werde; die Herabsetzung der deutschen Eisenbahntarife für Transitsendungen von Kartoffelmehl bis zu den Sätzen, die für deutsche Kartoffeln bestehen; die Herabsetzung der russischen Eisenbahntarife für unbearbeitetes Holz mit dem Hinweis darauf, daß die bestehende Tarifdifferenz zwischen Rohholz und bearbeitetem Holz Deutschland begünstige, das Rohholz einzuführen und nach Bearbeitung wieder nach Rußland auszuführen.

Zu den badischen Landtagswahlen

wird uns noch aus Karlsruhe geschrieben:

Die Stichwahlen sind besser ausgefallen, als man befürchtet hatte. Wie die Verhältnisse in einer Reihe von Stichwahlbezirken lagen, mußte man mit der Möglichkeit rechnen, daß den Schwarzblauen noch einige Sitze zufallen würden, eine Möglichkeit, der nur durch ein sehr geschlossenes Auftreten der Linksparteien in der Stichwahl mit Erfolg begegnet werden konnte. Die Linke hat denn auch bei der Stichwahl eine geschlossene Phalanx gebildet; man muß konstatieren, das zwischen den Linksparteien für den zweiten Wahlgang geschlossene Abkommen ist eingehalten worden. Besonders die Sozialdemokratie hat den Beweis geliefert, daß ihre Anhänger wohldiszipliniert, daß sie politisch reif sind.

Die sozialdemokratische Partei Badens darf für sich einen wesentlichen Teil des Verdienstes an der Verhinderung einer schwarz-blauen Mehrheit im badischen Landtag in Anspruch nehmen. Nationalliberale, Sozialdemokraten und Fortschrittler bilden, vorausgesetzt, daß man alle gewählten Nationalliberalen inklusive des gegen den Willen der Parteileitung gewählten Rastatter nationalliberalen Abgeordneten dazu zählt, mit 38 Sitzen eine knappe Mehrheit. Zentrum und Konservative verfügen miteinander über 35 Sitze.

Ob die knappe Mehrheit der Liberalen und Sozialdemokraten allen reaktionären Gelüsten gegenüber Stand halten wird, ist eine andere Frage. Die nationalliberale Landtagsfraktion zählt neben dem Rastatter Abgeordneten noch etliche Außenseiter, die, von Zentrumsgnaden gewählt, gewisse Rücksichten nehmen werden. Der Mandatsgewinn der Nationalliberalen von 17 auf 19 bezw. 20 ist von zweifelhaftem Wert, die nationalliberale Fraktion hat mehr wie früher Mitglieder, die „nach rechts gerichtet" sind.

Das Zentrum sieht seinen Mandatsbesitz von 26 auf 30 erhöht, denk einer beispiellosen sprupellosen Wahlagitation. Es freut sich und hat guten Grund dazu.

Die Fortschrittler, die den Mund während der ganzen Wahlagitation sehr voll nahmen, sehen ihre Landtagsfitze auf 5 reduziert. Und hätten die sozialdemokratischen Wähler bei der Stichwahl nicht so strenge Disziplin geübt, wäre ihr Mandatsbesitz auf 2 herabgesunken.

Die Sozialdemokratie besitzt im neuen Landtag nur 13 Sitze gegen 20 im alten. Sie verlor Lörrach-Land, Schopfheim-Schönau, den Freiburger Sitz, Lahr-Stadt, einen der Karlsruher Sitze, Karlsruhe-Ettlingen, sowie Heidelberg-Land und Heidelberg-Eberbach, also im ganzen 8 Sitze, während sie einen Sitz in Mannheim-Stadt dazu holte. Mehr noch als der Verlust an Mandaten schmerzt der Verlust der rund 12 000 Wahlstimmen, den wir zu buchen haben. Hier gibt es für die badischen Genossen eine große Scharte auszuwetzen.

Die Verhältniswahl hat im neuen Landtag wenig Aussichten. Verfassungsmäßig ist eine Zweidrittelmehrheit dazu erforderlich. Die aber wird nur zu haben sein für ein System, das den Segen des Zentrums und der Konservativen hat. In der Dotationsfrage, mit der das Zentrum die katholische Volksseele zum Kochen brachte, ist die Mehrheit für die Dotationen größer als zuvor. Was in anderen Fragen wird, weiß heute noch niemand. Entwickeln sich die Dinge im Musterländle künftig im Sinne der Reaktion, die Sozialdemokratie hat die Verantwortung dafür nicht zu tragen.

Eilige Arbeit in Bayern.

Die Königsproklamation soll, wie das „Berliner Tageblatt" erfährt, mit hoher Wahrscheinlichkeit schon für Dienstag abend zu erwarten sein. Am Dienstag vormittag wird die Sitzung der Reichsratskammer stattfinden.

Dann hat Bayern seine zwei Könige; einen von Gottes Gnaden und einen von Zentrums Gnaden.

Frankreich.

Mexikanische Greueltaten. Nach einem Telegramm aus San Luis Potosi in Mexiko hat eine Gruppe von Rebellen 47 Mann einer 50 Mann starken Polizeiabteilung, die zum Schutze einer in der Nähe liegenden Farm ausgesandt worden war, gemartert und getötet.

Aus Lübeck und Nachbargebieten.

Montag, 3. November.

Vom Patriotismus. Wer mit Schlagworten zufrieden ist, weiß ohne weiteres, was Patriotismus und was echter und falscher Patriotismus ist. „Treue zu Kaiser und Reich, König und Vaterland", das ist es, und wie man Patriotismus „pflegt" und „erhält", das ist so leicht gesagt und getan, daß es weiteren Nachdenkens kaum bedarf. Man hämmert mit Aufbietung aller verfügbaren Suggestions- und Sensationsmittel der Menge ein, daß es nichts Herrlicheres, Glanzvolleres, Gerechteres, Höheres, Schöneres und Erhabeneres, keinen andern gleichen Wert — außer Gottesfurcht — gebe, man läßt es sie wiederholen, zwingt sie zu Eiden darauf und zu schallenden Bekenntnissen und überläßt das Uebrige dem blinden Spiel der Kräfte .....

Wenn aber sich der von solchem Bumbum Betroffene nicht einfach lachend abwendet, wenn er mit offenem Munde zuhört, so ist das noch lange kein Zeichen, daß die Phrasen in ihm gewirkt haben. Sie können ihn auch benebelt, berauscht, geblendet, fasziniert haben, — und so geschieht es meistens. Denn einfache Menschen können nicht gleich durchschauen, ob irgend etwas, was man ihnen sagt, Wirklichkeitswert hat oder nicht, sie können nicht prüfen und wägen, wo sie nicht — verstehen. Und darum glauben oder folgen sie eine Weile — — so lange, bis die harte eigene Erfahrung sie belehrt, daß jene Blendung und Aufregung aus leeren Worten bestand, deren Inhalt sie nicht erfahren können und an den sie darum dann nicht mehr glauben. Weil sie aber dagegen nichts beweisen, keine Worte gebrauchen können, hören sie auch fernerhin Phrasenschwall und Gesinnungsrummel an und schweigen oder klatschen Beifall. Aber all diese so gezogenen Blüten verwehen im ersten kalten Wirklichkeitswind, und wir meinen, auf die Lüge einer solchen Suggestion und auf die Zwölftelkraft einer solchen Einbildung baut kein Mann, der es mit seinem Werben für Reich und Kaiser ernst meint; einem wahrhaftigen Freund ist der offene Gegner lieber als der Mitläufer, der in ernster Zeit davonläuft. Mitläufer zu züchten, und, wenn diese hellsichtig werden oder gemacht werden, Enttäuschte, Mißtrauische, „Vaterlandslose" züchten — dies ist die Arbeit, welche man heute so oft die Patrioten verrichten sieht.

Goethe sagt einmal: „Und was heißt denn: patriotisch wirken? Wenn einer lebenslänglich bemüht war, schädliche Vorurteile zu bekämpfen, engherzige Ansichten zu beseitigen, den Geist des Volkes aufzuklären, dessen Geschmack zu reinigen und dessen Gesinnungs- und Denkweise zu veredeln: was soll er denn da Besseres tun? und wie soll er denn da patriotischer wirken?"

Dies also ist es: patriotische Gedanken zu Marktgeschrei erniedrigen, Lügengeist fördern und Falschmünzerei betreiben — das heißt uns: falscher Patriotismus. Ernst und wahr arbeiten aber und reinen Wein schänken — in dieser Richtung suchen wir wahren Patriotismus.

Wir meinen, daß solche erhabene Dinge nicht allzuoft im Munde geführt werden sollen. Wir meinen, daß sie nicht allenthalben durch jeden Bierabend und jedes gemeinsame Mittagessen geschleift werden dürften, wir sagen, daß es sie entweiht, wenn sie pflichtgemäß vor einem Kongreß, dessen Mitglieder vielleicht auch Sozialdemokraten oder sonst Andersdenkende sind, an die Glocke gehängt werden, wir halten es für bedenklich, wenn Gefühle, die einer Idee und einem Heiligtume gelten, ohne Besinnung auf deren menschlich-irdische Träger in Form einer Glorie übertragen werden und glauben, daß das gemach zum Byzantinern führen wird, wir protestieren aber laut, wenn alle diese Gefühle und Worte dort als Deckschild ausgehängt werden, wo Phrasen- und Geschäftemacherei, wo erbärmliches und unwürdiger Lärm sich für Patriotismus ausgeben. Dies tun wir heute!..

Und nicht die kriegerische Kraft ist es, die wir vor allem in unseren Gedanken tragen, sondern mehr als sie die friedliche Festigkeit und Ordnung unseres Lebens. Darum schon scheint uns ein Festspiel, das allein kriegerische Taten verherrlicht und in den Vordergrund aller Teilnahme allein die Personen verschiedener Herrscher rückt, nicht von einem gutpatriotischen Geist getragen. Daß unser Volk durch die Kraft und Regsamkeit seiner geistigen Arbeit im Völkerleben eine wichtige Stellung einnimmt, daß sein Geschick und seine Tatkraft ihm ermöglichen, auch unter ungünstigen äußeren Verhältnissen eine wirtschaftlich blühende Gemeinschaft zu bilden, daß man Bildung und Kunstwerke bei uns sucht, fast, als ob sie nirgends so vorzüglich zu finden seien, diese Tatsachen scheinen uns für einen Patrioten ebenso wichtig, wie die andere, daß unsere Staatsform monarchisch ist. Und wir halten es für einen allzu billigen Patriotismus, der die Verherrlichung unserer Wehrkraft und -fähigkeit allem andern voranstellt. . . . Dagegen also meinen wir, patriotische Gesinnung solle die Werke des Friedens ehren. Um nichts weniger schön könnten wir uns ein Spiel denken, das die Segnungen der sozialen Schulgesetze anschaulich zeigte, wie die ewigen Säbelrasseleien. Oder wie eine der großartigen Ideen der Menschheit, das Recht etwa, allmählich an die Stelle von Willkür und Schwanken tritt, auch solches ließe sich in einer Folge von Auftritten lebhaft und geistreich feiern. . . .

Stets aber wünschen wir dabei, daß der Patriotismus nicht ausarte in blinde Ueberschätzung des Eigenen, wie sie aus einem Zwange der Natur heraus verbunden zu sein scheint mit Schmähung und Herabsetzung des Fremden. Unwürdig und beschämend für ehrliche Geister ist solch eine Gesinnung, und mit Patriotismus sollte solche Ueberheblichkeit nicht in einem Atem genannt werden dürfen. Alle Völker haben ihr eigenes, im Laufe der Jahrtausende so entwickeltes Wesen und haben es zu Recht. Ein jedes hat auch Vorzüge, denen Nachteile bei uns gegenüberstehen. Sind wir sorgsamer und ordentlicher als die Franzosen, so sind sie weniger pedantisch und kleinlich als wir. Stehen wir den Engländern an Phantasie voran, so übertreffen sie uns an Toleranz und staatsbürgerlicher Einsicht. Und so allenthalben. Nur die Torheit wägt nicht ab, sondern „weiß". Und diese Torheit darf heute noch immer als Patriotismus Geschäfte machen gehen, Haß säen und Unfrieden und Dünkel stiften. Erinnern wir uns dagegen abermals an Goethes Worte: es ist mit dem Nationalhaß ein eigenes Ding. Auf den untersten Stufen der Kultur werden Sie ihn immer am stärksten und heftigsten finden. Und von den Franzosen sagt er: Wie hätte ich, dem nur Kultur und Barbarei Dinge von Bedeutung sind, eine Nation hassen können, die zu den kultiviertesten der Erde gehört und der ich einen so großen Teil meiner eigenen Bildung verdankte!

So dachte Goethe — kurz nach den Tagen von 1813 — über den — — „Erbfeind" der vermeintlichen Patentpatrioten. Aber verdankt das deutsche Volk dem französischen nicht ebenfalls einen „großen Teil seiner eigenen Bildung", weil jenes jahrzehntelang nicht sein Feind war? Und wäre es nicht vornehmer, neben aller Freude am Eigenwesen dies ruhig zu gestehen und einen ferneren Zustand friedlichen Austausches von Kulturgütern zu fördern als einen solchen von Drohworten? . . .

*

Nicht wir haben Vorstehendes geschrieben, auch nicht irgend ein anderer Sozialdemokrat. Wir entnehmen dies Kapitel über „Patriotismus" vielmehr einem Schriftchen, das im vorigen Jahre unter der Ueberschrift: „Patriotischer Unfug" in einem Dresdner Verlage erschien und zu Verfassern zwei gutbürgerliche Leute hat. Das Heftchen wurde von der bürgerlichen Presse totgeschwiegen; sie wußten warum. Zum „patriotischen Unfug" dieser Tage paßt aber die ehrliche Entrüstung, die aus diesen Zeilen spricht, vortrefflich. Ein Gegenstück!

„Patriotische" Komödianten. Vor einigen Tagen stieß das Amtsblatt mit großem Heldenpathos einen Kampfruf aus, der die Sozialdemokratie, diesen „tönernen Riesen" zum Erzittern bringen sollte. Aber dieses Kampfgeschrei erzielte nur einen fröhlichen Heiterkeitserfolg. Nunmehr, so versichert das Blatt, ist ihm aber die Galle übergelaufen; deshalb taucht es seine Feder in die Kloake, und geht damit der Sozialdemokratie, „diesem auf Verführung, Verhetzung und Verdummung der deutschen Arbeiterschaft ausgehenden Gebilde" zu Leibe. Mit solchem schmutzigen Verfahren erzielt das Papier doch nur Ekelkeit; es überzeugt aber schwerlich einen vernünftigen Menschen.

Die Veranlassung zu dem künstlichen Wutausbruch, der sich allerdings etwas verspätet Luft macht, bildet der Jahrhundertrummel, den die Reaktionäre aller Schattierungen zur Erinnerung an die Leipziger Völkerschlacht inszenierten, und an dem sich selbstverständlich die Sozialdemokratie nicht beteiligt hat. Während die Bourgeoisie und ihre Presse um die Throne der Fürsten und Mächtigen herumkroch, gegen deren Willen im Jahre 1813 die Freiheitskriege geführt wurden, zeigt die Sozialdemokratie der Arbeiterschaft die Dinge, wie sie sich in Wahrheit abgespielt haben. Das wurmt nun jene, deren Patriotismus im Deklamieren schwülstiger Phrasen besteht, und so fälschen sie, wie die Tatsachen der Geschichte von 1813, auch die Stellungnahme der Sozialdemokratie zu den Freiheitskriegen für ihren Bedarf um.

Als Lübeck unter französischer Herrschaft stand, da waren es die „Lübeckischen Anzeigen", die anläßlich der Geburt des Königs von Rom die byzantinische Schweifwedelei gegenüber Napoleon am ekelhaftesten betrieben. Und das Blatt würde jeden, ganz gleich wer es ist und wie er seine Macht gewann, lobhudeln, wenn er nur auf dem Thron sitzen sollte. Wenn **solche „Patrioten"** die Sozialdemokratie begeifern, ist es nur eine Ehre für die Partei.

Wir haben es nicht nötig, noch einmal darzulegen, daß die Kämpfer von 1813 für die Freiheit stritten, um die sie nachher von den Fürsten und deren Drahtziehern betrogen wurden. Geschichtliche Wahrheit ist es, daß, als eine stürmische Kriegsbegeisterung längst schon die weitesten Schichten des preußischen Volkes ergriffen hatte, der preußische König dieser Bewegung noch mißtrauisch ablehnend, feindselig gegenüberstand. Geschichtliche Wahrheit ist es, daß dieser Friedrich Wilhelm III. alle Männer, die zum Befreiungskriege drängten, als „Hitzköpfe", „Narren", „lächerliche Schreier" und „Männer mit ausgebranntem Gehirn" beschimpfte, soweit er sie nicht gar als „Verräter" brandmarkte. Geschichtliche Wahrheit ist es, daß noch unmittelbar vor dem Ausbruch des Krieges dieser preußische König sich erboten hatte, „noch fünfzig- bis sechzigtausend Mann für Napoleons Dienst zu bewaffnen" und daß er zur selben Zeit noch aufs eifrigste für die Vermählung des preußischen Kronprinzen, des nachmaligen Königs Friedrich Wilhelms IV., mit einer napoleonischen Prinzessin wirkte. — Diese geschichtlichen Wahrheiten hat auch das lübsche Amtsblatt seinen Lesern unterschlagen. Sie würden allerdings auch schlecht zu der byzantinischen Lobhudelei passen, die in den Oktobertagen 1913 alle „nationalen" Maulhelden anstimmten.

Ganz besonders hat es den jungen Mann der „Lübeckischen Anzeigen" gekränkt, daß der „Volksbote" nicht von dem Glorienschein, mit dem eine gewisse Sorte von Byzantinern gern die Königin Luise umgeben möchte, geblendet wurde. Vielleicht liest das Blatt einmal nach, was Zeitgenossen, die Luise genau kannten und gewiß keine Sozialdemokraten waren, über sie geschrieben haben. Aber dann müßten die „Lübeckischen Anzeigen" am Ende der Wahrheit die Ehre geben und deshalb ist es schon besser, es mimt den — wenn auch einfältigen — Patrioten.

Daß es den „Lübeckischen Anzeigen" auch nicht paßt, daß die sozialdemokratische Presse das geschmacklose Leipziger Denkmal als geschmacklos bezeichnet, sei nur nebenbei erwähnt. Das Amtsblatt ist ja verpflichtet, alles schön zu finden, was von „oben" gemacht wird, sei es das famose Amtskostüm des Senates oder der gewaltige Steinhaufen auf dem Thonberg bei Leipzig. Nebenbei erhält auch der Genosse Radden noch eins ausgewischt, dem man längst richtiggestellte Worte, die er angeblich vor zwei

fahren in Travemünde gesprochen haben soll, wieder in den Mund legt. Wenn auch weiter kein Zusammenhang zwischen dem Völkerschlachtrummel und einer Travemünder Wählerversammlung besteht, so ist doch bekannt, daß gewissen Leuten alle Dinge zum besten dienen müssen.

Damit haben wir die „patriotische" Entrüstungskomödie der „Lübeckischen Anzeigen" abgetan. Die Sozialdemokratie ehrt die Kämpfer von 1813 — wer anderes behauptet der lügt! — aber sie macht den Rummel nicht mit, den diejenigen veranstalten, die die Freiheitskämpfer um die Früchte ihres Heldenmutes betrogen.

Nun ist es noch notwendig, eine bodenlose Gemeinheit festzunageln, die von dem Amtsblatt in dem gleichen Artikel begangen wird. In seiner Gefühlsroheit, die mit Dummheit nicht entschuldigt werden kann, beschimpft das Papier die hungernden Arbeitslosen, deren Berlin allein gegenwärtig mehr als 50 000 zählt, als Arbeitsscheue, in dem es sagt, die Arbeitslosenversicherung sei eine Prämie auf die Arbeitsscheuen. Der Mensch, der das fertig bringt, mag er noch so jung, einfältig und unerfahren in des Lebens Nöten sein, verdient dafür die tiefste Verachtung aller anständig denkenden Leute. Arbeiter Lübecks, vergeßt diese unerhörte Beschimpfung nicht, die das amtliche Organ der Behörden gegen diejenigen eurer Kollegen richtet, die das Unglück haben, arbeitslos zu sein!

Byzantinismus nach oben, Besudelung der Opfer des herrschenden Wirtschaftssystems, das sind die Kennzeichen des modernen Amtsblatt-Patriotismus. Pfui Teufel! Der moralische Tiefstand des Amtsblattes ist ja auch gerichtsnotorisch!

wb. **Weltgeschichte schwach!** In einem von Gemeinheiten strotzenden Artikel „Rote Masken" der „Lübeckischen Anzeigen" unterstellt das amtsblättliche Karlchen Miesnick Dr. K. unserem Berichterstatter über die Weill-Versammlung etwas, was nicht unwidersprochen bleiben kann. Der Dr. K. stellt es so hin, als sei die Königin Luise auf einer Reise nach Memel gestorben und wir hätten diese Reise eine Vergnügungsreise genannt. Die Reise nach Memel erfolgte bekanntlich 1807 und Luise starb 1810. Daß wir mit unserer Behauptung, Luise starb auf einer Vergnügungsreise, die Wahrheit feststellten, geht daraus hervor, daß Luise vor Antritt der Reise ihrem Vater die Ankunft mit den kauderwelschen Worten meldete: „Bester Päp'! Ich bin Tull und Varucky. Eben hat mir der gute König erlaubt, zu Ihnen zu kommen." Dieser Brief gehört nebenbei bemerkt zu den wenigen deutschgeschriebenen Briefen Luisens. Die preußische Nationalheilige stand, wie die meisten deutschen Fürsten, mit der deutschen Sprache auf dem Kriegsfuße. Sie schrieb und sprach fast nur französisch. Daß die Königin sehr viel tanzte — und noch dazu in hochschwangerem Zustande — ist ebenfalls bekannt und so läßt sich auch schließen, daß die Todesursache eine andere war, als behauptet wird. Also Geschichte schwach, Herr Amtsblattchef!

Die Bürgerschaft wird auch am Montag, den 10. November, abends 6 Uhr, eine Versammlung abhalten.

Merkwürdige Eile hat der Senat mit der Erbauung eines Konversationshauses in Travemünde. Vor einigen Wochen wurde das Projekt dem Bürgerausschuß vorgelegt, dieser setzte eine Kommission ein, die mit Blitzesschnelle arbeitete und dem Bürgerausschuß die Mitgenehmigung der Vorlage empfahl. Der Bürgerausschuß hat sich am Sonnabend gleichfalls für die Vorlage ausgesprochen und bereits am kommenden Montag soll die Bürgerschaft ihren Segen dazu geben. Wenn es sich um Arbeiterfragen handelte, hat man eine derartige Eile noch niemals bemerken können.

Großfeuer in Lübeck. Nach einigen Monaten der Ruhe erfüllte gestern nachmittag die Kunde von einem riesigen Holzlagerbrand die Bevölkerung unserer Stadt mit Schrecken. Es war gegen 3¾ Uhr, als plötzlich aus einem mit Brettern gefüllten Schuppen der Firma Brüggmann u. Sohn eine ungeheure schwarze Wolke entquoll und den Himmel verdunkelte. Wenige Augenblicke später schossen riesige Feuerfarben empor und bald war das umfangreiche Holzlager in Flammenmeer. Als in diesem Frühjahr die Holzläger der Firma Brüggmann u. Sohn und Havemann u. Sohn einem gewaltigen Brande zum Opfer fielen, entgingen diese Schuppen, die weiter stromabwärts sich bis zur Einsiedelfähre hinzogen, dem gleichen Schicksal. Die Feuerwehr, die schleunigst zu Hilfe kam, mußte ihre Tätigkeit in der Hauptsache darauf beschränken, das Feuer zu lokalisieren. Die am Wasser liegenden hohen Bretterstapel, hinter denen das verheerende Element wütete, mußten preisgegeben werden, denn es galt vor allem, die Ausbreitung des Brandes auf die angrenzenden großen Holzläger zu verhindern. Mit Todesverachtung waren die braven Feuerwehrleute, unterstützt von den Mannschaften der gerade im hiesigen Hafen liegenden Minenschiffe an der Arbeit, dem Feuer den Weg abzuschneiden. Es gelang denn auch, das Feuer vor der Einsiedelfähre zum Stehen zu bringen, obwohl der Wind gerade nach dieser Richtung stand. Gleichfalls gelang es, die südlich an der Brandstätte gelegenen, ebenfalls mit Holz gefüllten Schuppen, an denen schon die Flammen emporzüngelten, zu schützen, und damit den Brandherd auch hier, wo das Feuer die reichste Nahrung finden konnte, zu begrenzen. Sehr tätig wirkten dabei auch die Spritzendampfer mit, die zur Hilfe herbeigeeilt waren. Leider gelang es nicht, zwei an der Einsiedelstraße liegende, von Arbeitern bewohnte Häuser vor der Zerstörung zu bewahren. Gegen 6 Uhr wurde das von dem Wächter Wittwer bewohnte Häuschen von den Flammen ergriffen und total eingeäschert. Reichlich eine Stunde später fiel das Haus Nr. 18, in dem drei Familien wohnten, dem Feuer größtenteils zum Opfer. Die Bewohner hatten ihre Habseligkeiten vorher herausgetragen. Die Häuser wären nach allgemeiner Ansicht zu retten gewesen, wenn in der Einsiedelstraße Wasser vorhanden gewesen wäre. Das war aber nicht der Fall, und so mußten kilometerlange Schläuche nach der Schwartauer Allee gelegt werden, um von dort Wasser zu bekommen. Gegen 10 Uhr, nach mehr als sechsstündigem Wüten des Brandes, konnte die Gefahr der Weiterverbreitung als überwunden angesehen werden. Wohl schlugen die Flammen noch prasselnd und knisternd empor, aber sie zerstörten nur noch das, was sie schon ergriffen hatten. Heute morgen brannten noch immer die Reste einiger Holzhaufen. Aber die Kraft des Elements war gebrochen; das Feuer erlöscht, weil es keine Nahrung mehr findet. Von den großen wertvollen Holzstapeln — in der Hauptsache ist amerikanisches Pitchpinholz verbrannt — ist vielfach kaum eine Spur mehr zu finden. Nicht einmal Asche ist übrig geblieben.

Begreiflicherweise war die Feuersbrunst gestern das Ziel einer ungeheuren Menschenmenge. An dem östlichen Travekai standen viele Tausende von Menschen, die dem grausig-schönen Schauspiel zusahen. „Vernichtend sieht er seine Werke und bewundernd untergehen", dieses Dichterwort wurde gestern zur Tat. Auch auf den die Einsiedelstraße begrenzenden Ländereien drängten die Menschen Kopf an Kopf, mit ihren Füßen die junge Saat zerstampfend, die eben ihre grünen Hälmchen emporreckte. Das ganze Firmament war abends in rote Glut getaucht, die die Stadt hell erleuchtete. Bis nach Hamburg war der gewaltige Feuerschein sichtbar.

Man nimmt allgemein an, daß das Feuer von einem Brandstifter angelegt worden ist. Die ganze Art, wie das Feuer aufging, läßt darauf schließen, daß es die gleiche verruchte Hand wie bei den früheren Bränden war, die gestern die Freveltat verübte. Bisher ist es noch nicht gelungen, eine Spur zu entdecken, die zur Festnahme des gemeingefährlichen Menschen führte. Die Vermehrung der Schutzleute hat sich leider auch als wirkungslos erwiesen. Uns wird mitgeteilt, daß wenige Minuten vor dem Ausbruch des Feuers dort gerade zwei Schutzleute patrouilliert hatten, ohne irgend etwas Verdächtiges zu bemerken. Zum Schluß sei noch erwähnt, daß die Feuerwehren unserer benachbarten Orte sich mit Eifer an den Rettungsarbeiten beteiligten.

Die Gesindekrankenkasse soll in Lübeck auch noch nach Schluß dieses Jahres bestehen bleiben; so will es der Senat, und der Bürgerausschuß hat dem am Sonnabend zugestimmt. Wir werden auf die Sache noch zurückkommen.

Mit den Zuständen auf der Adler-Brauerei befaßte sich gestern eine stark besuchte Mitgliederversammlung der Brauerei- und Mühlenarbeiter. Nachdem seitens des Vorstandes über eine Differenz, welche in letzter Zeit mit der Betriebsleitung genannter Brauerei zu erledigen war, ausführlich berichtet worden war, fand eine lebhafte Aussprache statt, welche in scharfer Weise sich gegen die Behandlung, welche den Arbeitern dieses Betriebes seitens des Herrn Horstmann und seiner Angestellten zuteil wird, richtete. Schon seit Jahren wurde seitens der dort beschäftigten Arbeiter über den Unteroffizierston, welchen man sich seitens der Betriebsleitung bedient, geklagt. Besonders aber haben die Bierfahrer unter der Behandlung des Bierreisenden zu leiden; der macht es sich zur Aufgabe, bei jeder Gelegenheit den Herrn und Vorgesetzten herauszukehren. Herr Horstmann scheint mit diesem Gebaren einverstanden zu sein, denn nach seinen Äußerungen dem Organisationsvertreter gegenüber will er noch mehr Zug in die Kolonne bringen. Weiter gehts nimmer! Fängt denn der Mensch beim Arbeiter oder erst beim Kaufmann an? Eine Resolution, welche sich mit obigem deckt, wurde einstimmig angenommen und Herrn Horstmann unterbreitet.

Die Volksfürsorge auf dem Vormarsche. Die Volksfürsorge teilt uns mit, daß im Hauptbureau bis jetzt über 42000 Versicherungsanträge eingegangen sind. Am 29. Oktober erreichte die Zahl der täglich eingehenden Anträge die Höchstziffer **1120.** Diese Ziffer beweist, daß bezüglich des Neuzuwachses die Volksfürsorge bald den größten Gesellschaften gleichgestellt sein wird, und das trotz aller gegen sie betriebenen gehässigen Agitation. Für die Freunde der Volksfürsorge im Lande dürfte diese Mitteilung ein neuer Ansporn sein, mit verdoppeltem Eifer ans Werk zu gehen, damit sie in kürzester Frist allen Versicherungsgesellschaften voran an erster Stelle marschiert.

Umfragezettel. Die Haushaltungsvorstände werden an die Einsendung der ihnen zur Ermittelung der Einkommensteuerpflichtigen zugestellten Umfragezettel erinnert. Wer die Einsendung unterläßt oder unrichtige Angaben macht, kann nach § 20 des Einkommensteuergesetzes vom 27. Mai 1889 mit Geldstrafe bis zu 100 Mark belegt werden.

Zahlt Schulgeld. Das für Schüler der sämtlichen städtischen Schulen Lübecks nach dem in den Händen der Zahlungspflichtigen befindlichen Schulgeldzettel für das laufende Vierteljahr fällige Schulgeld ist längstens bis Sonnabend, den 15. November 1913 bei der Kasse der Oberschulbehörde einzuzahlen. — Zahlungen durch die Post haben porto- und bestellgeldfrei zu erfolgen.

pb. **Fahrraddiebstahl.** Am 1. ds. Mts. nachmittags gegen 1¾ Uhr ist vor dem Hauptpostgebäude am Markt ein Fahrrad, Marke Adler, mit schwarzem Gestell, ebensolchen Felgen, Freilauf, Rücktrittbremse, nach oben gebogener Lenkstange, weißen Zelluloidgriffen und der vom Polizeiamt gelieferten Erkennungsnummer 13 817 abhanden gekommen und vermutlich gestohlen worden.

pb. **Verlorene Brosche.** Auf dem Wege von der Effengrube über den Bauhof, Parade, Pferdemarkt, Klingenberg, Sandstraße, Breite Straße nach dem Warenhaus Rudolph Karstadt, oder in den Geschäftsräumen des letzteren, ist eine Brosche, bestehend aus einem goldenen 5-Mk.-Stück mit goldener Einfassung abhanden gekommen.

pb. **Festgenommen** wurde ein Handlungsgehilfe aus Hamburg wegen eines dort begangenen Betruges.

Neues Stadttheater. Man schreibt uns: Auf das am Dienstag stattfindende Gastspiel der Koloratur-Sängerin Aenny Hindermann vom Stadttheater in Hamburg als „Rosine" in „Der Barbier von Sevilla" sei nochmals hingewiesen. — In der dem „Barbier von Sevilla" vorausgehenden Oper „Cavalleria rusticana" wird, verschiedenen Hinweisen der Kritik folgend, das „Intermezzo" wieder bei offenem Vorhang gespielt werden. — Die Besetzung der Hauptpartien in den beiden Opern ist die gleiche wie bei der Erstaufführung.

Säuglingsfürsorgestelle III. Die nächste Sprechstunde findet am Dienstag von 2 bis 3½ Uhr nachmittags Langer Lohberg 6—8 statt.

Moisling. Die Volksversammlung, die sich gestern nachmittag hier mit den Bürgerschaftswahlen beschäftigte, hatte bezüglich des Besuches unter dem Ausbruch des Großfeuers bei Brügmann u. Sohn zu leiden. Immerhin hatten sich ca. 50 Personen eingefunden, die den Ausführungen des als Referenten erschienenen Genossen Stelling, der für die 4. Klasse als Kandidat fungiert, mit großem Interesse folgten. Redner gab ein anschauliches Bild von dem Wahlunrecht zur Bürgerschaft, sowie von dem arbeiterfeindlichen und unsozialen Verhalten der Bürgerschaftsmehrheit, demgegenüber stellte er die im Interesse der gesamten Bevölkerung liegende Tätigkeit der sozialdemokratischen Fraktion. Sein Appell, mit allen Kräften dafür zu agitieren, daß in Moisling der Sieg sich am 14. November an die rote Fahne heftet, fand begeisterten Widerhall. Zum Schlusse forderte der Vorsitzende, Genosse Burmeister, zur regen Propaganda für die Wahl des Genossen Stelling auf und schloß die Versammlung mit einem Hoch auf die Sozialdemokratie.

Kücknitz. Die Volksversammlung am Sonntag nachmittag nahm einen guten Verlauf. Genosse Bromme wies darauf hin, daß man in Lübeck wohl wieder vor der Bürgerschaftswahl stehe, daß aber die viertklassigen Wähler und Bürger im Travemünder Winkel ihr Recht nicht ausüben können. Dazu müßten sie noch 4 Jahre lang warten. Redner beleuchtete dann das erbärmliche Klassenwahlrecht und dessen Macher, besprach den Finanzjammer unseres Kleinstaates und das neue Einkommensteuergesetz, das die Sozialdemokraten in der Bürgerschaft erheblich verbessern wollten. Dann erläuterte er in großen Zügen unser Bürgerschaftsprogramm und wies darauf hin, daß die Gegner meist nur Interessenpolitik, allenfalls noch Kirchturms- oder arbeiterfeindliche Politik in der Bürgerschaft treiben. Bei Punkt 9 des Programms ging er etwas ausführlicher auf das Problem der Arbeitslosenfürsorge ein und erläuterte die von uns geforderte Arbeitslosenversicherung, die vom Amtsblatt noch am Sonnabend eine Prämie auf die Arbeitsscheu genannt worden ist. (Pfuirufe!) Zum Schluß wies Redner auf die Vorgänge hin, die sich im gegnerischen Lager vor 2 Jahren abspielten und betonte nochmals, daß die Bürger des Landgebietes Protest gegen die Wahlrechtsschande erheben. Das Referat erzielte lebhaften Beifall.

Hamburg. Großfeuer in Billbrook. Am Sonnabend morgen um 5½ Uhr wurde der sechste Feuerwehrzug nach der Korksteinfabrik von Dr. Fr. Raffzger am Billbrook 68a alarmiert. Die Brandstelle machte sich schon von weitem durch eine riesige Rauchwolke, die durch den Wind getragen über die Stadt hinwegzog, bemerkbar. Eine große Flammensäule stieg zum dunklen Morgenhimmel auf. Die Feuerwehrzüge 5, 6, 1 und 2 eilten bald darauf zum Feuer. Dort stand ein zirka 100 Meter langer und 30 Meter breiter, von der Straße bis zum Billufer reichender Holzschuppen, der mit fertiger Ware angefüllt war, in Flammen. Außer dem großen Schuppen war auch das obere Stockwerk des von dem Schuppen nur durch einen schmalen Gang getrennt liegenden Fabrikgebäudes von Flammen eingehüllt. Hier war so gut wie nichts mehr zu retten. Die Hauptaufgabe der Feuerwehrmannschaft richtete sich deshalb auf die noch nicht von dem verheerenden Element ergriffenen Räume im Erdgeschoß, sowie die Arbeiterräume, die Mühlengebäude, Trockenräume und auf das Kontorhaus. Ungeheure Wasserstrahlen wurden fortgesetzt in das brennende Chaos gesandt und die noch nicht vom Feuer erreichten Räume unter Wasser gehalten. Das ziemlich umfangreiche Lager der fertigen Korksteine bot den Flammen immer wieder neue Nahrung und rief eine ganz unerträgliche Hitze hervor. Immer wieder bahnten sich die Flammen einen neuen Weg. An den Löscharbeiten beteiligte sich außer der Fabrikfeuerwehr der Korksteinfabrik selbst auch die Fabrikwehr der gegenüber der Brandstelle befindlichen am anderen Billufer liegenden Jutespinnerei. Diese hatte einen Schlauch durch die Bille zur Brandstelle geleitet und außerdem auch die Dächer der eigenen Fabrik fortwährend berieselt, da die Gefahr eines Uebergreifens des Feuers sehr nahe lag. Um 8½ Uhr hatte man die Gewalt des Feuers völlig bezwungen und konnte mit Nachlöscharbeiten beginnen. Der umfangreiche Holzschuppen sowie das Obergeschoß des Hauptfabrikgebäudes sind völlig zerstört. Wodurch das Feuer entstanden ist, war bisher nicht festzustellen. Vermutlich hat es schon lange, bevor es entdeckt wurde, im Innern gebrannt. Der Fabrikbetrieb erleidet, da die eigentlichen Fabrikationsräume unversehrt geblieben sind, soweit bis jetzt festgestellt werden konnte, keine empfindliche Störung.

Schwerin. Parlamentsherrschaft in Mecklenburg. Nirgends in der Welt herrscht auch formell das Parlament so, wie in Mecklenburg. Denn hier im Obotritenlande hat der Landesfürst kein Recht, das Parlament aufzulösen und durch Neuwahlen eine andere Zusammenstellung herbeizuführen. Durch diese Nichtauflösbarkeit des mecklenburgischen Landtages erklärt sich, daß die dortige Regierung völlig in den Händen des das Parlament traditionell beherrschenden Junkertums ist. Das mecklenburgische Parlament hat eine Zusammensetzung, die allen modernen Anschauungen Hohn spricht, denn jeder Rittergutsbesitzer ist ohne weiteres Mitglied des Landtages, Mitgesetzgeber. So ist jetzt der Berliner Schnapsfabrikant Gilka durch Ankauf eines Rittergutes in den Besitz eines Landtagssitzes gekommen. Ueber diese reaktionäre Junkerherrschaft in Mecklenburg hat dieser Tage der Schweriner Großherzog lebhafte Klage geführt. In seinem Schreiben, mit dem der Großherzog den letzten außerordentlichen Landtag schloß, führt der Großherzog, nachdem er auf die Ablehnung der Verfassungsfrage verwiesen hat, u. a. aus:

„Die volle Verantwortung für die Mißstände und Schäden, welche dem Lande und Volke auf politischem, wirtschaftlichem und finanziellem Gebiete aus diesem einstweiligen Scheitern des Reformwerkes entstehen, müssen wir denjenigen Ständemitgliedern zuweisen, welche durch ihre Stellungnahme das Zustandekommen einer Einigung verhindert haben. Jene Nachteile Unserem treuen mecklenburgischen Volke zu ersparen, sehen Wir Uns zu Unserem schmerzlichen Bedauern zurzeit außer Stande."

Das ist die großherzogliche Charakterisierung der mecklenburgischen Junkerherrschaft. Das klassenbewußte Proletariat wird den Kampf um die politische Macht so führen, daß der in Mecklenburg schon verwirklichte Gedanke der Parlamentsherrschaft unter der anderweitigen Zusammensetzung des Landtages nicht zu leiden braucht.

Theater und Musik.

Im Neuen Stadttheater gelangte gestern abend als erste Wagner-Oper in dieser Spielzeit „Lohengrin" zur Aufführung. An Beliebtheit beim großen Publikum wird dieses Werk von keinem andern des Bayreuther Meisters übertroffen. Auch gestern war das Theater — mit Ausnahme der Logen des ersten Ranges und des Sperrsitzes — wieder dicht gefüllt. Wie im Vorjahre sang auch diesmal wieder Herr Schöffel den Gralsritter mit strahlender Stimme. Herr de Garmo gestaltete den Tellramund noch wuchtiger als früher. Die Elsa, die dem Naturell der Frau Tilly Schmidt nicht besonders liegt, wurde von der vielseitigen Künstlerin sehr schön gesungen, wenn ihr auch der visionäre Zug im Wesen der Tochter des brabantischen Herzogs fehlt. Es würde sicherlich interessant sein, die temperamentvolle Frau Schmidt einmal als Ortrud zu sehen. Eine von dramatischer Kraft erfüllte Leistung bot Frau Offenberg, die von der sanften Elsa nunmehr gestern zur wilden Friesentochter Ortrud übergegangen ist. Man darf auf ihre weiteren Leistungen auf hochdramatischem Gebiet gespannt sein. Herr Schubert ist der Besitzer eines mächtigen Basses, der beim König Heinrich prächtig zur Geltung kam. Nur fehlt dem Organ noch die richtige Kultur. Die Darstellung war recht unbeholfen. Den Heerrufer sang Herr Spilcker, ohne besonders angenehm aufzufallen. Die szenische Leitung hatte Herr Beyer, die musikalische Herr Pfeiffer. Zwei Namen von so gutem Klang verbürgen eine würdige Aufführung, soweit ihr Teil in Frage kommt.

P. L.

Verantwortlich für die Rubrik „Lübeck und Nachbargebiete" und die mit P. L. gezeichneten Artikel: Paul Löwigt, für den gesamten übrigen Inhalt Johannes Stelling. Verleger: Th. Schwartz. Druck: Friedr. Meyer & Co. Sämtlich in Lübeck.

Oeffentliche politische Versammlung.

Grosse Volksversammlung

am Donnerstag, dem 6. November 1913, abends 8½ Uhr im großen Saale des Gewerkschaftshauses, Johannisstr.

Tages-Ordnung:

1. Die Kommunalpolitik der Sozialdemokratie.

Referent: Reichstagsabgeordneter **Karl Hildenbrand**, Hamburg.

2. Freie Diskussion.

Alle Einwohner Lübecks, vor allem die Bürgerschaftswähler, sind zu dieser Versammlung eingeladen.

Der Vorstand des Sozialdemokratischen Vereins.

(8293) **Paul Löwigt**, Johannisstraße 46.

Verkauf lebender Butt
pro Stieg 80 Pfg.
vom Boot aus
am Dienstag, dem 4. November
vormittags von 8 Uhr ab an der
Holstenbrücke,
Eutiner Brücke,
und 8230
Hüxtertorbrücke.

Anläßlich unserer Hochzeitsfeier allen Freunden und Bekannten herzlichen Dank. (8283
Heinrich Knuth und Frau.

Sonnabend morgen 6 Uhr entschlief sanft nach langen schweren Leiden mein lieber Sohn, lieber Bruder und Schwager

Heinrich Nehlsen

im 20. Lebensjahre. (8284

Tief betrauert von seiner Mutter **C. Nehlsen,** geb. **Schmidt,** Geschwister, Schwager u. Verwandten.
Lübeck, den 1. November 1913.
Beerdigung am Dienstag, dem 4. November, nachm. 3½ Uhr, von der Vorwerker Friedhofs-Kapelle.

Todes-Anzeige!

Nach langem schweren Leiden entschlief am 1. November, morg. 1½ Uhr, meine liebe Tochter

Ella

im 25. Lebensjahre.
Dies zeigen an die tiefbetrübte Mutter Frau **C. Hansson Ww.** nebst Geschwister, Schwager und Schwägerin.
Beerdigung Dienstag 2 Uhr. Trauerfeier 1¾ Uhr Vorwerker Friedhof. (8281

Deutscher
Metallarbeiter-Verband.
Verwaltungsstelle Lübeck.

Unsern Mitgliedern zur Nachricht, daß am 1. November unsere treue Kollegin

Ella Hansson

im Alter von 24 Jahren gestorben ist. Wir werden derselben ein treues Andenken bewahren.
Die Beerdigung findet am Dienstag, nachmittags 1¾ Uhr, vom Vorwerker Friedhof aus statt.
Die Mitglieder versammeln sich zur Teilnahme an der Beerdigung um 1¼ Uhr beim „Weißen Hirsch".
8290) **Die Ortsverwaltung.**

Gut möbl. Zimmer mit u. ohne Pension. (8287) Wickede 19, I.

H. E. Kochs Möbelhäuser
Lübeck, Marlesgrube.
5 Geschäftshäuser.

Langjährig bekannt durch die große **Auswahl** gut und dauerhaft gearbeiteter **Möbel** und **billigen Preise.**

Komplette Aussteuern

in **allen Preislagen vorrätig** von etwa **200 Mk.** an. **Bessere** zu ungefähr 250 — 300 — 400 — 500 Mk. und höher.
Ferner in großer **Auswahl** u. **sofort zu liefern:**

Kommoden! Kommoden!

elegant und hübsche Beschläge, wie solche von **jungen Mädchen** gerne gekauft werden, zu 20 M., 21 M., 23 M., abzügl. **5% Rabatt.**
Außerdem andere **Möbel,** als: **Kleiderschränke, Bettstellen, Küchenschränke, Sofas, Ausziehtische, Sofatische.**

Stühle! Stühle! Stühle!

zu allen Preisen und für jeden Raum passend.
Neu eingetroffen eine große Sendung **hübscher Bilder,** ff. eingerahmt, **sehr billig.**
Fordern Sie Möbel-Kataloge mit Abbildungen u. Preisen, welche frei zugesandt werden. 8162

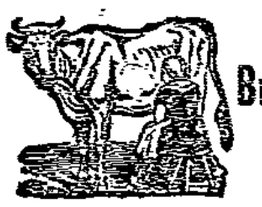
Gesucht zu sofort (8288
ein Heizer
nicht unter 19 Jahren.
August Scheere
Am Retteich 14.

Billig zu verk. Ulster, Wagenmäntel, Reithosen, Paletots, Anzüge, Damen-Mäntel, Jacketts, Kostüme, versch. Kleidungsstücke und Bettzeug.
8289) Baiauerfohr 19.

Zum 1. Januar **1000 Mk.** zu 5 Proz. in sicherer Hypothek zu belegen. Angebote unter **F 27** an die Expedition dieses Blattes. (8297

Verloren bei der Nachmittags-Vorstellung im Stadttheater ein **5-Mark-Schein.** Gegen Belohnung abzugeben Spillerstraße 16. II. (8285

Ein junger Terrier zugelaufen.
8282) **Mikat,** Fischergrube 38/4.



Vereinigte Butterhändler
von Lübeck und Umgeg.

Allerfeinste Meiereibutter
kostet Pfd. **1.50** Mk. (8291

Krümellachs
Paket 20 Pfg.
8294) **Fischstraße 31.**

Ad. Hübner, Uhrmacher u. Goldarbeiter
Fünfhausen 13 (8279
Uhren, Gold- u. Silberwarenhandlg.

Akademischen Unterricht
in der
Damen-Schneiderei, Maßnehmen, Musterzeichnen und Zuschneiden sämtlicher Damen- und Kindergarderoben erteilt
Frau **L. Baisch**
Große Burgstraße 42, III.
Sechswöchentliche Kurse. (8286

Pa. ger. fetten Speck 85 ₰
b. Abnahme v. 4 Pfd. pr. Pfd
Pa. ger. Schweinsbacken 90 ₰
ohne Knochen (8296)
Pa. weißes Schmalz 80 ₰
b. Abnahme von 2 Pfd. Pfd.
Pa. ll. Rauchstücke 100 ₰
„ gepökelt. Eisbein 60 ₰
„ Kopf u. Bein 30 ₰
Karl Lahrtz, Böttcherstr. 14—16
vorm. **M. Lahrtz.**

Lübecker
Genossenschafts-Bäckerei
e. G. m. b. H.

Ordentliche
General-Versammlung
am Dienstag, d. 11. November
abends 8½ Uhr
im „Gewerkschaftshaus"
Johannisstraße 50—52.

Tagesordnung:
1. Geschäfts- und Kassenbericht vom 3. Quartal 1913.
2. 25jähriges Stiftungsfest.

☞ **Anteilscheine legitimieren.**

Lübecker Genossenschafts-Bäckerei
e. G. m. b. H.
8287) **Der Vorstand.**

Achtung!
Dienstag, den 4. November:
Ausspielen
von
fetten Gänsen, Karpfen und Rauchfleisch
auf einem Ziehbillard.
NB. Als Prämie erhält derjenige, der an diesem Tage bei mir den höchsten Wurf erzielt, ein **silbernes Besteck.** (8295
L. Puls, Königstraße 24.

Bestes **Ragoda** Schnell-Wasch-Mittel
Ohne Chlor. Garantiert unschädlich. Schneeweisse Wäsche. 1 Pfd. nur 55 Pfg.
Ueberall zu haben.
Zur Einführung bis Ende 1914 gegen ausgeschn. Gutscheine von 5 Pfd.: 1 Taschenmesser oder 1 Schere usw. (1823
10 „ 1 echt silb. Kollier, 3 Neusilber-Eßlöffel usw.

„CINES"
Hansa-Theater.
Größtes, schönstes und best-ventiliertes
Lichtspieltheater
von Lübeck.
Erstklass. Filmschlager!
Sitzplätze
von 25 bis 95 ₰
Vorst. tägl. ununterbrochen von 7 bis 11 Uhr.
Vorverkauf bei (8189
Rudolph Karstadt, Breite Str.

Neues Stadttheater.

Montag, den 3. November 1913.
42. V. i. Voll-Ab. 7. V. i. Montags-Ab.
Anfang 7½ Uhr. Ende 10½ Uhr.
Der Wildschütz.
Komische Oper von Lortzing.
Große Preise.

Dienstag, den 4. November 1913.
43. V. i. Voll-Ab. 8. V. i. Dienstag-Ab.
Anfang 7½ Uhr. Ende 11 Uhr.
Gastspiel Aenny Hindermann vom Stadttheater Hamburg:
Der Barbier von Sevilla.
von Rossini.
8292) Vorher:
Cavalleria rusticana
von Mascagni.
Große Preise.

Mittwoch, den 5. November 1913.
Anfang 8¼ Uhr. Ende gegen 11 Uhr.
Sondervorstellung.
Korallenkettlin.
Drama von F. Dülberg.

Eintrittspreise:
Loge bis einschl. Sperrsitz 2.— Mk.
1. und 2. Parkett . . . 1.— Mk.
Sitzpart., 2. u. 3. Rang —.50 Mk.

August Bebel
ein Lebensbild von Herm. Wendel
ist erschienen und zu beziehen durch die
Buchhandlung Friedr. Meyer & Co.,
Johannisstraße 46. — — Preis 50 Pfg.

Beilage zum Lübecker Volksboten.

Nr. 258. Montag, den 3. November 1913. 20. Jahrg.

Der Blutprozeß in Kiew.

Der erste Teil des Kiewer Ritualmordprozesses geht seinem Abschluß entgegen. Rund 300 Zeugen sind bereits verhört worden, und in den nächsten Tagen dürften wohl schon die mehrfach verschobenen Erklärungen der Sachverständigen an die Reihe kommen. Handelt der bevorstehende Teil des Prozesses über den eigentlichen Kern der ganzen Anklage, über die Ritualmordanschuldigung gegen das jüdische Volk, so kann der erste Teil des Prozesses, die Mordanklage gegen den jüdischen Arbeiter Beilis bereits als erledigt gelten. Es sind vielleicht noch irgend welche unwesentliche Einzelheiten in diesem an dramatischen Zwischenfällen reichen Prozeß zu erwarten, im großen und ganzen jedoch geben die bisherigen Verhandlungen schon ausreichend Material, um bestimmte Schlüsse aus dem ganzen Ritualmordprozeß zu ziehen.

Der Verlauf des Prozesses, dessen fast dreiwöchige Verhandlungen nicht nur in Rußland mit Spannung verfolgt werden, bestätigen durchaus das Urteil, das sich selbst bei konservativen und antisemitischen Elementen nach der Kenntnisnahme der Anklageschrift aufdrängte. Die Anklage behandelte lang und breit die Ritualmordlegende, sie beschwor den Blutaberglauben längst vergangener Jahrhunderte herauf, sie gab ihm neue Nahrung in den von wirrem Irrwahn diktierten Aussagen der „Sachverständigen" Pranaitis und Sikorski, aber nur zum geringsten Teil beschäftigte sie sich mit dem Angeklagten Beilis selbst, der über zwei Jahre unter Anklage des schwersten Verbrechens im Gefängnis schmachtete und nun — so wollen es die mächtigen Anstifter der Ritualmordhetze — für lange Jahre ins Zuchthaus wandern soll. Nach dem bisherigen Verlauf des Prozesses jedoch fragt man sich vergebens, was Beilis mit der Mordtat, mit dem Prozeß überhaupt zu tun hat. Mit Recht nennt ihn die russische Presse den „stellvertretenden Angeklagten", der den wirklichen Schuldigen an der Ermordung des Knaben Juschtschinski vertreten muß, weil die Anklagebehörde aus der Mordtat unbedingt einen jüdischen Ritualmord konstruieren will. Aber hier hat die russische Justiz, die sich bisher stets als die Sachwalterin der ärgsten Reaktion bewährt hat, ein böses Fiasko erlitten. Viele Male ist es ihr im Bunde mit der „Ochrana" gelungen, mit Hilfe von Lockspitzeln „Hochverratsprozesse", Anklagen wegen terroristischer Verschwörungen usw. zu inszenieren. Hier aber, bei der Ritualmordanklage in Kiew, hat sogar der weitverzweigte Apparat der politischen Geheimpolizei versagt, denn man kann zwar Bomben fabrizieren und Dokumente fälschen, die hernach als Grundlage für die Verurteilung unschuldiger Personen dienen, aber man kann keinen künstlichen Ritualmord inszenieren, weil es solche Morde überhaupt nicht gibt.

Man muß diesen Gesichtspunkt im Auge behalten, um die ganze Tragweite des Kiewer Mordprozesses zu ermessen. Selbst in den bürgerlichen Kreisen Westeuropas dämmert allmählich das Bewußtsein auf, daß es sich bei dem Beilisprozeß nicht um ein Einzelschicksal, auch nicht allein um das Schicksal der russischen Judenschaft handelt, sondern in erster Linie um einen politischen Prozeß, in dem das konterrevolutionäre Rußland in seiner Vollendung uns entgegentritt. Diese Anschauung stützt sich nicht nur auf die ganze Vorgeschichte des Prozesses, aus der die dunklen Machenschaften der Pogrompartei und ihrer hohen Gönner deutlich genug hervorgehen, sie ergibt sich auch mit zwingender Notwendigkeit aus allen Einzelheiten des Prozesses, aus dem düstern Bilde, das die Verhandlungen vor dem Kiewer Schwurgericht entrollt haben.

Der allgemeine Eindruck, der sich aus den zahlreichen Zeugenaussagen, aus der Haltung des Staatsanwalts und der mit ihm verbündeten Zivilkläger ergibt, ist kurz folgender: Die Anklage gegen Beilis ist in allen ihren Teilen schmählich zusammengebrochen; die Untersuchung über die eigentlichen Schuldigen an dem Verbrechen ist absichtlich in das Bett der Ritualmordanklage gelenkt worden; die Spuren, die zu den Tätern führen können, sind zum Teil verwischt worden, zum Teil werden sie von der Prokuratur vor jeder näheren Beleuchtung sorgfältig geschützt! Ein eigenartiges Bild fürwahr. Der Vertreter der Anklagebehörde, Staatsanwalt Wipper, der verpflichtet ist, Licht in die absichtlich verdunkelte Mordaffäre hineinzutragen, wacht im Bunde mit den Zivilklägern, den berüchtigten Pogromhetzern Schmakow und Samyßlowski darüber, daß die eigentlichen Schuldigen nicht an den Tag kommen. Der Präsident erschwert durch seine tendenziöse Leitung die Verhandlung außerordentlich, und den Verteidigern, den berühmten Rechtsanwälten Grusenberg, Karabtschewski und Maklakow gelingt es nur unter Aufbietung aller Kräfte dem eigentlichen Zweck der Gerichtsverhandlung, der Aufdeckung der Wahrheit, Geltung zu verschaffen. Doch was den Verteidigern auf dem Wege der Prozeßführung erschwert wird, kommt, ob sie es wollen oder nicht, aus den Aussagen der Zeugen ans Tageslicht. Nicht nur, daß die Kronzeugen gegen Beilis völlig versagt haben, selbst aus ihren Aussagen, wie aus denen aller Personen, die zur Unterstützung der Ritualmordversion von der Anklage und den Zivilklägern herangezogen worden sind, ergibt sich mit zwingender Deutlichkeit, daß nicht nur ein Unschuldiger auf die Anklagebank gesetzt worden ist, sondern auch daß die eigentlichen Fäden des Verbrechens auf die Kreise zurücklaufen, die einerseits aus reaktionär-politischen, andererseits aus kriminell-egoistischen Motiven die Verkoppelung des Knabenmordes mit einer jüdischen Ritualmordhetze für zweckmäßig erachteten.

In der Tat, was ergibt sich in dieser Beziehung aus dem bisherigen Verlauf des Prozesses? Der wichtigste Kronzeuge gegen Beilis, der Laternenanzünder Schaschowski, der bestätigen soll, daß Beilis den ermordeten Knaben am hellichten Tage ergriffen und fortgezerrt habe, zieht seine Aussage zurück. Ja, es erweist sich, daß er von dem Spitzel Polistuchuk zu einer Aussage veranlaßt worden ist. Der zweite Kronzeuge, der Schuhmacher Natonetschny tritt mit unanfechtbaren Argumenten energisch für die Unschuld des Angeklagten ein. Die Hauptzeugin jedoch, die Frau des Postbeamten Tscheberjak, erweist sich durch den ganzen Verlauf der Verhandlungen so schwer belastet, daß nicht Beilis, sondern sie mit ihrer ganzen Verbrecherkumpanei die Anklagebank hätte einnehmen müssen — wenn nicht die Anklagebehörde darauf bestanden hätte, daß diese notorische Verbrecherin, im Volksmunde die „Diebeskönigin" Kiews genannt, als Hauptbelastungszeugn gegen Beilis und als wichtigste Stütze der Ritualmordanklage in dem Prozesse auftreten sollte.

Es ist ein eigenartiges Milieu, in welches der Prozeß hier hineinleuchtet. Das verrufene Haus der Wera Tscherberjak gilt in ihrem Stadtteil als Mittelpunkt aller verbrecherischen Elemente. „Leute mit Kokarden", bemerkte der Zeuge, „gehen da hinein, um in Zivilkleidung wieder zu erscheinen." Die Nachbarschaft kennt oder vermutet das verbrecherische Treiben in dem Diebesnest, sie wird aber von der Tscheberjak terrorisiert. Im Jahre 1905 hat die Tscherberjak und ihre Bande während des Judenpogroms an den Plünderungen teilgenommen, Flugblätter der Echtrussen verbreitet usw. Auch weiterhin steht sie in Verbindung mit den Elementen, aus denen sich die dunklen Ehrenmänner der echtrussischen Vereinigungen rekrutieren. Ihre Beziehungen zu den Polizeibehörden sind infolgedessen recht intim, zumal in Kiew wie in vielen russischen Städten die Grenzlinie zwischen Verbrechertum und Polizei nur schwer anzugeben ist. Unter den ständigen Besuchern ihrer Wohnung befindet sich der junge Juschtschinki, ein Freund ihres Sohnes Jenja. Er sieht das Treiben in dem Hause, scheint wohl auch, wie aus der Aussage des früheren Chefs der Detektivpolizei, Krassowski, hervorgeht, von der Diebesbande in verbrecherische Pläne eingeweiht worden zu sein. Eines Tages droht er dem Sohne der Tscherberjak im Streite mit einer Anzeige bei der Polizei. Kurz darauf verschwindet er, seine Leiche wird unweit von der Wohnung der Tscheberjak in einer Höhle gefunden. Alle Verdachtsmomente weisen deutlich darauf hin, daß der Mord in der Wohnung der Tscheberjak vollbracht worden ist. Die Zeugin Djakonowa sagt vor Gericht aus, daß sie in der Wohnung der Tscheberjak an dem Mordtage eine in einen Teppich gehüllte Leiche gesehen habe. Eine andere Zeugin, Rawitsch, die ähnliche Bekundungen abgegeben hat, hat von der Tscheberjak Geld zur Reise nach Amerika bekommen. Der damalige Chef der Detektivpolizei, Krassowski, kommt auf Grund eines erdrückenden Verdachtmaterials zu dem Schluß, daß die Tscheberjak und ihre Bande die Schuldigen sind. Er trägt sein Material, das in seiner Vollständigkeit erdrückend ist, vor dem Gericht vor. „Aber" — erklärt er — „sobald ich mich in meiner Untersuchung von der Ritualmordversion entfernte, erhoben die monarchistischen Organisationen ein fürchterliches Geschrei, das die weitere Untersuchung hinderte." In der Folge wurde Krassowski seines Amtes enthoben, weshalb — geht schon daraus hervor, daß der Vizedirektor des Justizministeriums Ljadow ihm dringend empfohlen hatte, die Untersuchung „in der Richtung eines „Ritualmordes" zu führen. In derselben Richtung hatten schon die eigentlichen Schuldigen an der Mordtat vorgearbeitet. Schon am Tage der Beerdigung wurden auf dem Friedhofe Pogromaufrufe aus Anlaß des „Ritualmordes" verbreitet. Ihr Verfasser war der Echtrusse Pawlowitsch, ein notorischer Dieb. Schon vor der Obduktion erhielt der Stadtarzt Karpinski den Brief eines „Christen", in dem über die Zahl der Stiche an dem Haupte des Ermordeten Mitteilung gemacht und die Behauptung aufgestellt wurde, der Mord sei zu rituellen Zwecken von den Juden verübt worden. Endlich bekundete der eigene Bruder der Tscheberjak, der wegen eines anderen Verbrechens im Zuchthause sitzt, gegenüber den Gefangenen Karajew, der ihn im Interesse der Aufdeckung des wahren Sachverhaltes zu einer Aussage zu bewegen suchte, er habe mit einigen andern in der Wohnung der Tscheberjak mit ihrer Beihilfe den Mord an dem Knaben Juschtschinski verübt und zwar in einer Weise, daß man die Tat als Ritualmord ausgeben und im Anschluß daran einen Pogrom gegen die Juden inszenieren könnte.

Der erwähnte Zeuge Singajewski, dessen Aussage die letzten Hüllen von dem Verbrechen entfernen könnte, hat bei einer Konfrontation vor dem Gericht sein Ge-

---

Moderne Sklavinnen.

Ein Theaterroman von Ludwig Bendler.

(4. Fortsetzung.) (Nachdruck verboten.)

Herr Stolzenberg war verblüfft. — Zwar hatte er dadurch, daß der Kommerzienrat Vorsitzender der Theaterkommission und eng mit dem Theater liiert war, schon so manchen Einblick in die Verhältnisse gewonnen, auch speziell in Bezug auf seinen Chef persönlich machte er sich so seine eigenen Gedanken, daß es aber so schlimm stehen sollte, wie der Kapellmeister Heberlein da eben leichtfertig hinwarf — nein, das war dem Prokuristen bisher doch nicht in den Sinn gekommen und er zögerte auch jetzt noch, alles für bare Münze zu nehmen. Gern hätte er ja, heut besonders, noch weiter auf den Busch geklopft, wäre gern noch tiefer in die angeschnittene Frage eingedrungen, aber andere Gedanken schoben sich an die Stelle der bisherigen. Fräulein Kriemhild hielt Umschau nach ihm und, ihrem Winke zu folgen, war jetzt seine nächste Pflicht. So dispensierte er sich mit einem kurzen „Auf Wiedersehen" in aller Eile von Heberlein, der nun seinerseits schleunigst eine Jagd auf das vorher erwähnte Fräulein Olga Eggers, die „Hochdramatische" des Stadttheaters begann.

Im Musiksaale war es inzwischen sehr rege und laut geworden. Soeben hatte der Kommerzienrat den sehnlichst erwarteten „Star" des Abends, Mademoiselle Jeanette de Vernet, die ihm eine gute halbe Stunde Türsteheramt an der Eingangspforte aufgenötigt hatte, hineingeführt. Er selbst zerfloß in Höflichkeit und Devotion, dreiviertel aber der ganzen Gesellschaft war dem Paare gefolgt, Fräulein de Vernet begaffend und mit Blicken, die teils noch durch Augengläser zu höchster Leistungsfähigkeit angespannt waren, durchbohrend.

Galt es doch als ein offenes Geheimnis, daß die Sängerin die Geliebte einer höchststehenden Persönlichkeit war, auf Grund dessen sie sich auch in glänzender Stellung beim Hoftheater der Residenz befand, obgleich ihre Stimmittel klein, und auch ihr Können nur ein begrenztes war. Daß sie dagegen eine hübsche, interessante Erscheinung ins Treffen führen konnte, war nicht in Abrede zu stellen, und so hörte man denn auch aus der Menge des allezeit zartfühlenden Publikums manche ebenso absichtliche, als grobe Schmeichelei, wie „Entzückend", „Himmlisch", auf das Ohr der Sängerin gemünzt, durch den Saal schwirren. Auch an kleinen, allerdings dann ganz heimlich gehaltenen Bosheiten fehlte es nicht, wie z. B. seitens des Assessor Langhammer. Dieser erklärte seiner Nachbarin zur Linken, die sich des Ausdrucks „ein reiner Engel" nicht enthalten konnte, daß er den „Engel" keineswegs bestreite, sich von der „Reinheit" aber doch persönlich überzeugen müßte, um drauf zu schwören. Eine Dame zu seiner Rechten, die ihm zuflüsterte, Fräulein de Vernet sei zur Königlichen Kammersängerin ernannt, bedeutete er: „Beim Thronfolger ist sie schon seit dreiviertel Jahren Kammersängerin. Halten Sie das Avancement da für so was besonderes? Hehe!"

Auch der Professor Kramer, ein wegen seines fortschrittlichen Geistes an gewisser Stelle nicht gern gesehener Universitätsprofessor, gab mit leiser Stimme zu seiner nächsten Umgebung das Urteil ab: „Wenigstens hat er den bei seiner Verheiratung entwickelten schauderhaften Geschmack durch diese Wahl redressiert, freilich, wie die arme Prinzessin neben solcher Rivalin auf die Kosten kommen — soll?" — —

„Herr Kapellmeister Walther, wo ist der Kapellmeister Walther?" so erhob sich jetzt ein Flüstern, das, vom Mittelpunkt des Saales, wo der große Blüthnersche Konzertflügel stand, ausgehend, sich durch die Reihen der Anwesenden hindurch nach außen hin fortpflanzte. Der Kommerzienrat, obgleich von dem Wunsche beseelt, mit seinem „Star" zunächst eine Runde durch sämtliche Prachträume machen zu dürfen, hatte sich dennoch dessen Oberhoheit, die einen sofortigen Anfand des Konzerts diktierte, fügen müssen. Daher sein plötzlicher Notschrei nach dem Kapellmeister, der sich aber als höchst überflüssig erwies, da Walther, am Flügel gelehnt, und vom Kommerzienrat in seiner Aufregung übersehen, a tempo diesem freundlich auf die Schulter klopfte und sich zur Stelle meldete.

Es erfolgte eine kurze Verständigung zwischen der Sängerin und ihrem Begleiter und die „Ernani-Arie", ein glänzendes Koloraturstück Alt-Verdischer Prägung, nahm ihren Anfang. Alles lauschte mit einer auf's höchste gespannten Erwartung und, da der größte Teil auch dieser Gesellschaft sich aus Banausen zusammensetzte, die Sängerin aber auf Grund ihrer interessanten Position für etwas besonderes, auch in künstlerischer Beziehung galt, so urteilte man, daß jede Phrase, jeder Takt, den sie spendete, ein Hochgenuß sein müsse und sperrte dementsprechend Maul und Nase auf.

Schon inmitten des Stückes, nach Erledigung des getragenen Satzes, sowie im Allegro nach einzelnen, besonders brillanten Verzierungen, konnten die meist Begeisterten ihrer Empfindung nicht Herr bleiben und applaudierten mächtig in Herrn Kapellmeister Walthers Ritornell hinein. Am Schlusse aber der Arie tobte ungebändigter Beifall durch alle Gemächer der Etage, so ungebändigt, daß die vor der Villa zusammengelaufenen Gassenbuben, von der Stimmung im Innern des Hauses fortgerissen, in hellster Begeisterung gleichfalls „Bravo, bravo" brüllten.

Drittes Kapitel.

Herrn Stolzenberg hatte es nicht gelingen wollen, an demselben Abend noch Weiteres über Marta Bergmann zu erfahren. So oft und zu wem auch aus der Reihe der Bühnenmitglieder er das Thema anschlug, jeder zuckte die Achseln, sah sich scheu um und vertröstete den Fragenden auf ein anderes Mal. Er solle doch gelegentlich zum Frühschoppen in den „Pelikan" kommen, animierte Herr Pfannenschmidt, der seriöse Baß. Da werde er genug und mehr, als ihm lieb sei, über all die Geschichten zu hören kriegen.

„Da wird jeder vorgenommen, alles durchgehechelt," versicherte Herr Pfannenschmidt. „Sind Sie boshaft, werden Sie Ihre Freude erleben, huldigen Sie dem Gegenteil, so muß Ihre Galle sich empören. So schimm es aber auch ist, interessant bleibt's doch."

Nun gehörte es ja durchaus nicht zu Stolzenbergs, des ernsten und pflichteifrigen Geschäftsmannes Gewohnheiten, den Vormittag am Biertisch zu verbringen, dennoch aber war der Anziehungspunkt in diesem Falle stark genug für ihn, um sich am Tage nach der Soiree im Hause Rebentisch auf eine Stunde frei zu machen und der Aufforderung Pfannenschmidts Folge zu leisten.

Er fand da an einem großen gemeinschaftlichen Tisch viele Teilnehmer der gestrigen Gesellschaft versammelt, und ein buntes Durcheinander von Unterhaltung schwirrte an sein Ohr.

„Ah, Herr Stolzenberg, auch mal da? Wie wir uns freuen!" rief der Referendar Willig mit Ekstase, um gleich hinterdrein seinem Nachbar zuzuflüstern: „Nanu, der Philister —? Soll doch bei seiner Strazze bleiben und sich hier nicht dem Suff ergeben."

„Det war doch keen Jesang von die Vernet, um sein Ohr dran zu laben. Himmeldonnerwetter, wat sich de Leute allens jefallen lassen," so urteilte der Charakterspieler Wernicke, der auf der Bühne in seinem Beruf als ein Mustersprecher galt. „Ick hatte den Eindruck, als wenn unser Kapellmeister Walther am liebsten unter'n Flüjel jerutscht wäre."

„Wie ich unsern Alten kenne," fügte bestätigend Herr Weber, der kleine Buffotenor hinzu, „so hat ergestern abend schon für die morgige „Philine" Blut und Wasser geschwitzt."

„Un mit Recht," ergänzte Wernicke. „Keen Aas wird mehr in so"ne Mustervorstellung loosen, wie se uns die neue „Jammersängerin" versetzt — Schwerebrett!"

„Ja, aber was wollen Sie, meine Herren?" mischte sich auch der Assessor Langhammer in die Unterhaltung. „Die Dame steht in Gunst — trotzdem."

„Bei's Publikum? Det is man bloß 'n jewisses Interesse von wejen die Nebenbeschäftijung. Junst, Junst, bei die Kunst? Nee, mein juter Assessor."

ständnis zurückgenommen. Aber die Art und Weise, wie der Staatsanwalt und die Zivilkläger den Zeugen beeinflußt haben, **wie sie gezittert haben**, daß der Zeuge unter dem Ansturm der Verteidigung noch die Wahrheit eingestehen könnte, zeigt deutlicher als alles andere, wie die zarische Justiz davor bangt, daß die eigentlichen Schuldigen ans Tageslicht gezerrt und damit die Mitschuld der Behörden an dem ganzen Aufbau des ungeheuerlichen Prozesses öffentlich erwiesen werden könnte. Der Prozeß geht weiter: nominell als Ritualmordprozeß gegen den Juden Beilis, in Wirklichkeit aber als Prozeß gegen die Verbrecherbande, die aus Dieben, Straßenräubern, hohen Staats- und Justizbeamten zusammengesetzt und mit der Kette gemeinsamer Schuld aneinander geschmiedet, unter dem Feuer der öffentlichen Meinung die verzweifeltsten Anstrengungen macht, den Zusammenbruch der zarischen Justiz aufzuhalten.

1913?

Spätere Kulturforscher werden den Kopf schütteln. War das wirklich im Jahre 1913? Im Oktober des Jahres 1913!?

In Leipzig weihten Kriegervereine und Militär ein Denkmal an den Befreiungskampf der Völker von 1813 ein, ein Denkmal, das man durch Lotterien bezahlt hat.

Der offizielle Hauptmacher und Führer des Deutschen Patriotenbundes, ein gewisser Kammerrat Thieme, bekam für seine Bemühungen einen Vogel vierter Güte — und lehnte ihn ab, denn er wollte mindestens einen Vogel von der dritten Sorte haben.

Das Hohenzollernhaus hat nicht nur die Tochter glücklich unter die Haube gebracht, sondern auch dafür gesorgt, daß der Schwiegersohn ein Herzogtum erhält. Die Kosten wird das braunschweigische Volk zu tragen haben, denn es bekommt jetzt für den neuen Herrscher eine Zivilliste von 1125322 Mark aufgehalst.

In Bayern hat das Zentrum dafür gesorgt, daß der angestammte König von Gottes Gnaden Otto abgesetzt werden kann, und ein neuer — der jetzige Prinzregent — König „von Gottes Gnaden" werden kann.

Der Erfolg dieser Königsmacherei wird eine Verteuerung des Thrones sein, die Zeche zahlt der Plebs!

Im Krupp-Prozeß wird festgestellt, daß Krupp seine Kreaturen in der preußischen Militärhierarchie an die Stelle empfahl, wo sie ihm die besten Kornwalzer liefern konnten.

In Mecklenburg werfen die Junker ihrem angestammten Fürsten lachend seine Verfassungswünsche zerfetzt vor die Füße.

Der neunzehnjährige Sohn eines brandenburgischen adligen Rittergutsbesitzers erklärt vor Gericht, daß er vom Großvater her gewöhnt sei, fremde Leute, die auf Anruf nicht gleich gehorchen, über den Haufen zu schießen.

Daß das, was in den Zeitungen jetzt so breit und groß behandelt wird, was angeblich die Gemüter aufregt, die Herzen der Untertanen schneller schlagen macht und das, was die Lebensanschauung der Junker ist, wirklich die Zeit von 1913 darstellen soll, wird man später einmal nicht glauben wollen. Man wird weiter schürfen. Dann findet man vielleicht auch die Antwort, die die Regierung auf das dringende Verlangen der Arbeiter nach einer gesetzlichen Reichsarbeitslosenversicherung zu geben gewillt ist.

Der Reichskanzler oder in seinem Auftrage der Staatssekretär des Reichsamtes des Innern soll die Absicht haben, auf die sozialdemokratische Interpellation über die Einführung der Arbeitslosenversicherung strikte ablehnend zu antworten. Und das in einer Zeit, da wir in Deutschland weit über eine halbe Million Arbeitslose haben.

Die deutschen Arbeiter haben fest zuzupacken und müssen noch deutlicher werden, **um zeigen zu können**, daß die **Weltgeschichte und die Kulturentwickelung etwas anderes ist als fürstliche Hochzeiten, patriotische Denkmalseinweihungen**, und mecklenburgische Junkerfrechheit. **Die tätige Arbeit der Millionen fleißiger Hände ist es, die den Griffel gepackt hat, mit dem im Buche der Zeit geschrieben wird. Es gilt den großen Strich unter die Vergangenheit zu machen! Ans Werk!**

Aus der Partei.

Die nächste Sitzung des Internationalen Sozialistischen Bureaus findet am 13. und 14. Dezember in London statt. Auf der Tagesordnung steht: Die Einigung der sozialistischen Partei in England und die Festsetzung der Tagesordnung für den Internatinoalen Kongreß im Jahre 1914 in Wien.

Die Beerdigung des Bergarbeiters vor Gericht. In Steele bei Essen wurde vor einiger Zeit ein verstorbener Genosse, der auf einer Zeche verunglückt war, beerdigt. Als die Mitglieder des Bergarbeiterverbandes sich zu der Zeche begaben, auf der der Verunglückte aufgebahrt war, machten die eifrigen Polizeibeamten sich durch „Zerstreuen des Zuges" und durch Suchen nach dem „Führer" bemerkbar. Als dann am Grabe zwei Söhne des Verstorbenen ihrem Vater einige Abschiedsworte widmeten, schritt die Polizei nochmals ein. Die beiden Söhne sowie zwei andere Teilnehmer, die ebenfalls einige Worte gesprochen hatten, ferner ein Genosse, der zum Führer des Zuges gestempelt worden war, weil er einen Kranz getragen hatte, erhielten eine Anklage wegen Veranstaltung eines außergewöhnlichen Leichenbegängnisses. Um aber ganze Arbeit zu machen, waren auch noch die Genossen Blümer und Steinbüchel von der Essener „Arbeiter-Zeitung" als „Veranstalter" unter Anklage gestellt worden. Der eine, weil er die Todesanzeige aufgenommen, der andere, weil er einen Hinweis auf die Beerdigung im lokalen Teil des Blattes gebracht hatte. Der Liebe Müh war jedoch umsonst. Obwohl der Bürgermeister als Vertreter der Staatsanwaltschaft große Anstrengungen machte, um eine Verurteilung zu erzielen, sprach das Schöffengericht sämtliche Angeklagte frei.

Gewerkschaftsbewegung.

Die Berliner Bankbeamten zu den Maßregelungen. Berlin dürfte kaum jemals eine so gewaltig besuchte Privatangestellten-Versammlung gehabt haben, wie die Kundgebung, die von den Bankbeamten im Riesensaal der Aktienbrauerei Friedrichshain am Donnerstag, dem 30. Oktober, abgehalten wurde. 6000 Personen füllten den Saal bis auf den letzten Platz und erhoben wuchtigen Protest gegen das Verhalten der Direktion der Deutschen Bank, die einen Angestellten, der 11 Jahre in dem Betriebe tätig war, maßregelte, weil er es gewagt hatte, als Sprecher einer Deputation den Wünschen von 1460 Beamten der Deutschen Bank nach Gewährung einer Teuerungszulage in höflicher Weise Ausdruck zu verleihen. Die Stimmung der Versammlung war eine außerordentlich begeisterte. Die Rede des Referenten sowohl wie die Ausführungen der Diskussionsredner fanden stürmischen Beifall. Wie behauptet wurde, waren auch Abgesandte der Direktion der Deutschen Bank in der Versammlung anwesend. Diese können ihren Auftraggebern berichten, ein wie verdienstvolles Werk sie im Interesse der Aufklärung einer Angestelltenschicht verrichtet haben, die im allgemeinen zu den rückständigsten zählt und die auch heute noch jedes Zusammengehen mit den Arbeitern weit von sich weist. Um so erfreulicher war es, daß sowohl Genosse Reichtagsabgeordneter Robert Schmidt als Vertreter der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands, wie auch Genosse Bublitz für den Zentralverband der Handlungsgehilfen erklärte, daß der Kampf für den Ausbau des Koalitionsrechts mit Nachdruck nur gemeinsam mit den freigewerkschaftlich organisierten Arbeitern und Angestellten geführt werden kann. Genosse Schmidt wies im besonderen darauf hin, daß es sich gegenwärtig nicht nur darum handelt, einen Ausbau des Koalitionsrechts zu verlangen, sondern daß alle Kräfte eingesetzt werden müssen, eine Verschlechterung zu verhindern. Von sozialdemokratischer Seite sprach außerdem noch Genosse Breitscheid, dessen Ausführungen reichen Beifall ernteten. Wie stets bei den Veranstaltungen der Bankbeamten waren alle möglichen Organisationen und Korporationen vertreten, die für ihre Korporation Proselyten machen wollten. Ein Spiegelbild der Stimmung, die die Versammlung beherrschte, gibt die Tatsache, daß eine sofort vorgenommene Sammlung für den Widerstandsfonds einen Ertrag von **1108 Mk.** lieferte und daß nachfolgende Resolution gegen eine Stimme Annahme fand: „Die am 30. Oktober in der Brauerei Friedrichshain tagende, von 6000 Bankbeamten besuchte Versammlung erblickt in der ablehnenden Haltung der Großbanken gegenüber den berechtigten Forderungen ihrer Angestellten eine durch nichts zu rechtfertigende Brüskierung der Beamtenschaft. Sie steht auf dem Standpunkt, daß angesichts der wachsenden Teuerung diese Forderungen ein Minimum darstellen. Da die Ablehnung ein Beweis dafür ist, welcher Geringschätzung sich die Beamten seitens der Direktionen erfreuen, hält es die Versammlung für notwendig, erneut auf die gewerkschaftliche Organisation hinzuweisen, die allein imstande ist, diese Zustände zu bessern. Ihrer Entrüstung und Empörung aber geben die Versammelten Ausdruck, daß die Direktion der Deutschen Bank es gewagt hat, ihren von geringem sozialen Verständnis zeugenden Bescheid noch dadurch näher zu charakterisieren, daß sie den Sprecher ihrer Angestellten maßregelt. Die Versammlung fordert von Staat und Gesetzgebung, daß sie angesichts solcher Zustände endlich zu dem so dringend nötigen Schutze des Koalitionsrechts schreiten."

Die Berliner Paketfahrtgesellschaft und das Koalitionsrecht. Die genannte Gesellschaft befördert nicht nur Waren im Bezirke Groß-Berlin, sondern darüber hinaus auch nach vielen Städten Deutschlands. Sie verbietet ihren Angestellten durchaus das Koalitionsrecht. Bei Neueinstellungen müssen die Angestellten einen Revers unterschreiben, wonach sie mit sofortiger Entlassung bedroht werden, wenn sich herausstellt, daß sie Mitglied des Transportarbeiterverbandes sind. Ferner gehen sie ihrer eingezahlten Kaution von 50 Mk. verlustig, falls sie sich einen Kontraktbruch durch Beteiligung an einem Streik zuschulden kommen lassen. Die Berliner Verwaltungsstelle des Transportarbeiterverbandes hat mit der Gesellschaft wiederholt Differenzen gehabt. Die Vorstände der Berliner freien Gewerkschaften haben im Jahre 1912 beschlossen, daß eine Gewerkschaft mit dieser Firma, die ihren Arbeitern das Koalitionsrecht vorenthält, nicht in geschäftliche Verbindung treten kann. Dessenungeachtet versucht es die Berliner Paketfahrtgesellschaft neuerdings, die Berliner Gewerkschaften durch eine besonders marktschreierische Reklame als Geschäftskunden zu gewinnen. Da es nicht unwahrscheinlich ist, daß die Gesellschaft auch in anderen Orten die Vorstände der Gewerkschaften mit ihrer Geschäftsempfehlung behelligt, so sei hiermit auf das koalitionsfeindliche Verhalten der Firma besonders hingewiesen.

Mühlenarbeiterstreik in Wurzen. In den Kunstmühlenwerken in Wurzen sind über 100 Arbeiter ausständig. Im Juli d. J. hatte die Firma ohne jede Besprechung mit dem Personal die Akkordlöhne abgeschafft und den vor 3 Jahren vereinbarten Stundenlohnsatz von 39 Pfg. eingeführt. Das bedeutete eine Verschlechterung des Lohnes um 3—4 Pfg. die Stunde. Diese Maßnahme veranlaßte die Arbeiter, der Firma Tarifforderungen zu unterbreiten, wie sie schon in näherer Umgebung eingeführt sind. Die Verhandlungen hatten nur insoweit ein Eregebnis, als der Akkordlohn wieder eingeführt wurde und einzelne Arbeiter 1 Pfg. Lohnzulage erhalten sollten. Weitere Zugeständnisse lehnte die Firma ab, weshalb die Arbeitsniederlegung erfolgte. Der Standpunkt der Firma muß umsomehr befremden, als sie großen Absatz in den Konsumvereinen hat. Der Mühle ist auch eine Bisquitfabrik angeschlossen. — Zuzug nach Wurzen ist streng fernzuhalten.

Der neue Krupp-Prozeß.

Die Sonnabend-Sitzung beginnt wieder mit der Vernehmung des Zeugen v. Metzen. Der Verteidiger Dr. Löwenstein stellt an ihn die Frage, ob er noch behaupte, daß Brandt ihm den Schlüssel zum Geheimschrank genommen und daraus die Kornwalzer entwendet habe. v. Metzen: Ich habe diese Behauptung nicht bestimmt aufgestellt, sondern nur eine Vermutung ausgesprochen. Es wäre auch möglich, daß durch Ausheben einer Schublade die Kornwalzer herausgenommen werden konnten. — Der Verteidiger sucht darauf noch mehrere Widersprüche des v. Metzen festzustellen. — Der Oberstaatsanwalt bemerkt schließlich: Herr Verteidiger, Sie scheinen darauf hinauszugehen, dem Zeugen bewußte Unwahrheit vorzuwerfen. — Verteidiger: Ich habe von Anfang an darüber gar keinen Zweifel gelassen. Ich habe ja auch aus diesem Grunde im Auftrage des Angeklagten Brandt gegen v. Metzen Strafantrag gestellt. Herr v. Metzen hat sich in der Presse ganz anders geäußert, als er es hier tut.

„Habt Ihr denn bloß die Toilette von unserer zweiten Solotänzerin, der Alice Addison, gestern beachtet?" hörte man drüben am anderen Ende des Tisches Kapellmeister Heberleins Stimme.

„Toilette?" fragte malitiös Langhammer hinüber, „hatte die denn überhaupt was an? Ich habe nichts bemerkt."

Sein Witz fand Lacher, was ihn zu der Fortsetzung ermutigte: „Beim Tanzen is's überhaupt das Praktischste so. Hehe! Hemd und Hosen beeinträchtigen bloß die Bewegungsfreiheit."

Der Referendar Willig und ein Leutnant jauchzten vor Entzücken.

Weniger angenehm freilich berührte Herrn Stolzenberg die bis jetzt vom Stammtisch gelieferte Unterhaltung. Er war ein Feind aller Lascivitäten und begriff nicht, wie gebildete Leute Gefallen daran finden konnten, sich gegenseitig damit aufzuwarten, ja möglichst noch einander den Rang abzulaufen. Es half aber nichts, er mußte gute Miene zum bösen Spiel machen und den Augenblick abwarten, der ihm Gelegenheit geben werde, erst auf diese und jene andere Dame des Opernpersonals, und dann schließlich auch auf Maria Bergmann zu kommen. Hatte er doch gestern, gerade vor der Soiree beim Kommerzienrat, einen Brief der Tante Christine erhalten, womit sie ihm die Empfehlungszeilen einer lieben alten Freundin seiner verstorbenen Mutter übersandte und um seinen Besuch bat. Er solle sie, die alte Tante selbst und ihr Nichtchen, die Maria Bergmann, jugendliche Sängerin am Stadttheater, kennen lernen. —

Nun war man ihm gestern so auffallend bei Nennung des Namens dieser Maria Bergmann ausgewichen, der zweite Kapellmeister, Herr Heberlein, hatte sich in geradezu unerhörter Weise über die junge Dame geäußert. — Was mußte das für eine Bewandtnis mit ihr haben?

„Großartig aber war die Cello-Schaberei von dem ollen Schweden, dem Stevenson," ließ sich wieder der Meister der Redekunst, Herr Wernicke, vernehmen. „Töne lockt der Kerl aus seine Kiste, nee sowas —! Töne wie Bindfaden so dick, un schön dabei, schön un weich, wie Samt."

„Aber ihn zu begleiten, Liebster, ist 'ne Strafe," entgegnete Heberlein dem Lobspender. „Sowas von Willkürlichkeiten, wie der sich erlaubt! Wäre ich nicht sein Partner in dem Goldermannschen Satz gewesen, das Unglück war fertig."

„Wie denn? Un Sie meenen, det Walther —?"

„Hätte es nicht gemacht, verlassen Sie sich drauf. Der Stevenson erfordert eine Anschmiegungskunst sondergleichen. Die beiden hätten unbedingt geschmissen. — Ah, da ist er ja!" Heberlein sprang vom Stuhl auf und dem gerade zur Tür eintretenden Walther entgegen. „Wie gehts, Liebster? Hat bekommen? Na, und — haben Sie schon mit dem Alten gesprochen wegen der „Gräfin"?" Die letzte Frage hob er absichtlich laut und deutlich hervor.

„Gerade im Augenblick," lautete Walthers Bescheid.

„Und wer wird's machen?"

„Wie Sie sagten, die Rauchfuß. Er läßt sich's nicht ausreden, läßt alle künstlerischen Interessen Nebensache sein, um — Pfui Teufel!"

Heberleins Blicke kennzeichneten die Freude, mit der er des Kollegen Niederlage und zugleich den Umstand begrüßte, daß dieser selbst sie vor versammeltem Kriegsvolk bekennen mußte.

„Ja ja, die Rauchfuß, die hat jetzt einen Stein im Brett beim Alten," glossierte Weber, der kleine Tenor.

„Ebenso, wie die Bergmann in Ungnade verfiel, unwiderruflich in Ungnade," eiferte Heberlein.

„Schade um det Mächen — schöne Stimme, viel jelernt un dabei so sympathisch — hat mir immer jut jefallen," erklärte Wernicke.

Hier war für Stolzenberg der richtige Zeitpunkt gekommen. „Ja, und warum, wenn Sie mir die Frage gestatten," so wendete er sich an den neben ihm sitzenden Wernicke, „warum ist denn dieses Fräulein Maria Bergmann in Ungnade gefallen?"

„Warum?" Wernicke musterte den Fragenden, wie um ihn auf seine Zuverlässigkeit, auf seinen Wert als anständigen Menschen zu prüfen, mit einem scharfen Blick. Dann stellte er die Gegenfrage:

„Kennen Sie det Fräulein?" Er mochte Stolzenbergs Geste als Bejahung auffassen. „Würden Sie sich unterstehen, ihr nich mit die jrößte Hochachtung zu bejejnen?"

„Niemals," antwortete diplomatisch Stolzenberg.

„Na ja, un unser Oller — er kann er nu mal nich lassen — anfällig, wie er is, er hat det Mächen — na, sagen wer mal — schwer beleidigt. Sie verstehen — schwer beleidigt." Wernicke war ein zu guter Schauspieler, um seinem Nachbar nicht mimisch klar zu machen, was er sagen wollte.

„Hm hm, recht bedauerlich." Stolzenberg hielt sich in gemäßigten Ausdrücken, um für möglichst uninteressiert zu gelten, kam aber damit bei Wernicke schlecht an, denn dieser, dem der Direktor zur nächsten Spielzeit gekündigt hatte, pflegte seitdem kein Blatt mehr vor den Mund zu nehmen.

„Wes, det nennen Sie bedauerlich? Eene Jemeinheit einfach is wet. Is et nich seine Pflicht, sich zuerst mal seine Leute anzusehen un respektvoll da „Halt" zu machen, wo er eener Dame jejenübersteht? Frauenzimmer hat er jenug bei's Theater."

„Also ist Fräulein Bergmann nicht um eigener Schuld willen, nicht wegen mangelnden Könnens oder wegen ihrer Charaktereigenschaften in Ungnade gefallen, wie ich eigentlich glaubte?" vergewisserte sich noch einmal Stolzenberg.

„Jott bewahre, — die kann sehr viel, un ihre Eijenschaften, im Jejenteil, sind so anziehend, det der Olle nich über det ihm widerfahrene Refüs wegkommt un se nu dauernd straft, indem er se kalt stellt, det heeßt, ihr jede dankbare Beschäftigung vorenthält."

„Donnerwetter, das ist aber nobel, das ist ritterlich," rief Stolzenberg aufgebracht.

„'n Theaterdirektor un Ritterlichkeit? Haben Sie 'ne Ahnung."

„Und dagegen gibts kein Rechtsmittel?"

„Im Theaterleben? Nee. Wir Anjestellte kennen weder Recht noch Mittel, wir sind Schklaven. Mit Unterschrift eines Vertrags treten wir in de Leibeijenschaft. Es fehlt bloß de Knute."

Kopfschüttelnd reichte Stolzenberg dem Charakterspieler die Hand. „Herr Wernicke, jedenfalls war mir alles sehr interessant. Ich danke Ihnen für den Einblick, den Sie mir gewährten. Man hat ja als Laie, außerhalb der Sache stehend, doch keine so rechte Vorstellung davon."

„Det wundert mir, und jrade Sie, als die rechte Hand det vornehmsten Habitués un Vorstands der Kommission —!"

„In Theatersachen ist der Kommerzienrat ganz allein seine rechte Hand, und ich glaube, nicht einmal der traut er vollkommen."

„Kann er ooch nich. Ick halte den Mann für sehr fehlbar un daher seine Vorsicht im eijenen Interesse für sehr nötig. Möchte nich wissen, wat allens for Zicken der macht. Schon seine enge Freundschaft mit dem Ollen — det dürfte er jar nich. Die hochweise Stadt hat da ooch mal wieder 'n Bock zum Järtner bestellt."

Am anderen Ende des Tisches hatten sich der Assessor Langhammer, Kapellmeister Heberlein, der Referendar Willig und der schon erwähnte Leutnant, von Bredow-Speckstein mit Namen, zu einem engeren Kreis zusammengeschlossen, zu einem Kreise, aus dem heraus man ununterbrochenes schallendes Gelächter und kleine bösartige Witzeleien vernahm, und der denn auch nicht verfehlte, die Aufmerksamkeit der übrigen Stammtischgäste ganz auf sich zu konzentrieren. War ja doch auch das Thema, das man sich zur Diskussion erwählt hatte, ebenso interessant wie pikant. Es betraf die Stellungnahme der Gesellschaft gegenüber den Damen vom Theater.

(Fortsetzung folgt.)

Es wurde alsdann in sehr eingehender Weise Kaufmann Hermann Wingen-Mailand vernommen. Dieser bekundete: Der Vertreter der Firma Krupp in Italien war gestorben. Es handelte sich also darum, einen Ersatzmann zu beschaffen. Er habe sich deshalb um den Posten beworben und gehört, daß man sich an Direktor Eccius wenden müsse. Später sei ihm mitgeteilt worden, daß Direktor Eccius selbst gern die Vertretung für Italien übernehmen würde. Dies scheint sich aber zerschlagen zu haben, denn die Essener Direktion teilte ihm schließlich mit, daß Herr v. Metzen für die Vertreterstelle in Italien i nAussicht genommen sei. Eines Tags kam v. Metzen zu ihm nach Mailand und sagte ihm, er habe wohl in Berlin eine sehr gute, glänzend dotierte Stellung, er würde aber trotzdem die Vertreterstellung in Italien übernehmen. Allerdings habe er sich Bedenkzeit ausgebeten. Nach einigen weiteren Zusammenkünften sagte ihm v. Metzen, er habe es sich doch überlegt, er wolle in Berlin bleiben; er werde dafür sorgen, daß er (Wingen) die Stellung erhalte, wenn er ihm eine Entschädigung von 100 000 Frcs. zahlen wollte. Er (Wingen) sei darauf ganz perplex gewesen, solche Zumutung von einem Manne zu erfahren, der zwölf Jahre Vertreter der Firma Krupp war und außerdem bei jeder Gelegenheit betonte, daß er preußischer Reserveoffizier sei. Er habe zum Schein zugesagt, jedoch den deutschen Konsul, mit dem er befreundet war, ins Vertrauen gezogen. Der Konsul habe versetzt, es wäre eigentlich Pflicht, das der Firma Krupp anzuzeigen. Er habe den Konsul um Diskretion gebeten. v. Metzen habe nach längeren Verhandlungen seinen Entschädigungsanspruch auf 25 000 Frcs. ermäßigt. Die Angelegenheit sei gescheitert und die Forderung des v. Metzen sei schließlich zur Kenntnis des Essener Direktoriums gelangt.

Der folgende Zeuge ist der Sozius des Wingen, Kaufmann Fabris-Mailand, der nur der italienischen Sprache mächtig ist. Er bestätigt die Bekundungen des Vorzeugen.

Im weiteren Verlauf wird Direktor Muehlon als Zeuge vernommen. Dieser bemerkt auf Befragen des Vorsitzenden: Brandt habe um Erhöhung der Funktionszulage von 3500 Mk. auf 5000 Mk. gebeten. v. Metzen habe geschrieben, daß dieses Gesuch abzulehnen sei, es wäre überhaupt das beste, wenn Brandt beseitigt würde. Wenn diese Art der Berichterstattung ruchbar würde, dann würde ein großer Skandal entstehen. Er sei deshalb im Auftrage der Direktion nach Berlin gefahren und habe sich näher erkundigt. Brandt habe gesagt, er möchte gern seine Tätigkeit einstellen, er wolle doch ein anständiger Mensch bleiben. Er (Muehlon) habe sofort gefragt, begehen Sie etwas Unrechtes? Brandt habe geäußert, ich verkehre mit Kameraden, gebe ihnen bisweilen Geschenke, aber etwas Unrechtes tue ich nicht. Er habe deshalb die Direktoren in Essen gefragt, welchen Wert die Berichterstattung Brandts habe. Sämtliche Direktoren haben ihm erklärt, daß die Berichterstattung keinen Wert habe, nur v. Dewitz habe gesagt, die Berichte haben doch einen gewissen Wert. Da Brandt wiederholt erklärte, er begehe nichts Unrechtes, habe er die Sache auf sich beruhen lassen. Direktor Muehlon bekundet schließlich noch, der Gedanke, daß Brandt Bestechungen begehe, sei ihm niemals gekommen.

Es tritt darauf die Mittagspause ein.

In der Nachmittagssitzung wird nochmals auf Antrag des Verteidigers v. Gordon in eingehender Weise Direktor Dr. Muehlon als Zeuge vernommen. Er bekundet auf Befragen, er habe zwar die von Brandt geforderte Gehaltszulage von 500 Mk., nicht aber die Erhöhung der Funktionszulage von 3500 Mk. auf 5000 Mk. befürwortet. — Vorsitzender: Brandt schrieb, die Erhöhung der Funktionszulage empfiehlt sich um die einzelnen Liquidationen zu beseitigen, damit der Version begegnet werde, daß etwas Unrechtes vorkomme. Dadurch sind doch eigentlich die Direktoren von Krupp beleidigt worden. Haben Sie sich nicht selbst dadurch beleidigt gefühlt? — Zeuge: Ich habe der Sache keine Bedeutung beigelegt, da ich nicht annehmen konnte, daß von einem Angestellten von Krupp versucht werde, etwas auf der Hintertreppe zu erlangen, wo wir doch auf den Vordertreppen genügend erfahren konnten. Weiter bekundet Zeuge auf Befragen, er habe, nachdem ihm Brandt sagte, er wolle ein anständiger Mensch bleiben und möchte gern seine Tätigkeit einstellen, die Sache zunächst in der Direktionssitzung am 3. August 1912 zur Sprache gebracht. In dieser Sitzung sei jedoch die Angelegenheit bis zur nächsten Sitzung vertagt worden, da die Jubiläumsfeier auf der Tagesordnung stand. In der Sitzung am 25. August 1912 habe er sofort nochmals Bericht erstattet und gesagt, Brandt habe ihm mitgeteilt, er erhalte seine Informationen durch den Verkehr mit ehemaligen Kameraden, denen er Geschenke mache. Auf sein ausdrückliches Befragen habe ihm Brandt versichert, daß er den Leuten kein Geld gebe, er begehe keine Bestechungen. Er, Zeuge, habe hinzugefügt, daß er sich trotzdem nicht wundern würde, wenn eines Tages bekannt werde, Brandt habe für die Erhaltung von Nachrichten den Militärbeamten Geld gegeben und wenn nachgewiesen werde, daß Brandt sich bemüht habe, Geheimnachrichten zu erlangen. Es sei deshalb auf seinen Antrag sofort beschlossen worden, Brandts Berichterstattung einzustellen und Brandt von seiner Stellung abzuberufen. Allerdings wurde die Frage offen gelassen, welche Stellung Brandt zugewiesen werden solle. Er habe es für richtig gehalten, daß Brandt in Berlin bleibe. Die Direktoren haben sämtlich erklärt, Brandts Berichte hätten sehr wenig oder gar keinen Wert für die Firma Krupp. Herr v. Metzen sei entlassen worden, als das Direktorium die Nachricht erhielt, daß er seine Stellung an Herrn v. Wingen verschachern wollte, ferner, daß er Kornwalzer mit nach Hause nahm. — Geheimer Finanzrat Hugenberg bestätigt, daß infolge der Berichterstattung des Dr. Muehlon das Direktorium sofort beschloß, Brandts Berichterstattung einzustellen; er könne versichern, das Direktorium habe vollständig korrekt gehandelt. — Sowohl Dr. Muehlon als auch Geh. Finanzrat Hugenberg versichern, daß ihnen niemals der Gedanke gekommen sei, die Berichte des Brandt wären durch Bestechung erlangt.

Es wird alsdann Direktor Draeger als Zeuge vernommen. Er bekundet, er sei Artillerie-Offizier gewesen, habe in der technischen Abteilung der Artillerie-Prüfungskommission und später als Assistent im Kriegsministerium gearbeitet. Nachdem er vom Militär Abschied genommen — er sei Hauptmann der Landwehr —, sei er zu den Grusonwerken und später zu Krupp gekommen. Er sei Mitglied des Direktoriums gewesen und nach einiger Zeit nach Berlin versetzt worden. Schon vorher, als noch Herr v. Schütz Berliner Vertreter der Firma Krupp war, sei es in Essen übel vermerkt worden, daß die Firma sehr wenig über Ausschreibungen unterrichtet war. Eine Konkurrenzfirma habe bei einer großen Lieferung von Artilleriematerial den Zuschlag bekommen. Das wurde um so übler empfunden, als die Konstruktion eigentlich Sache der Firma Krupp gewesen sei. Es sei deshalb vorgeschlagen worden, dem bereits bejahrten Herrn v. Schütz eine Hilfskraft nach Berlin zu schicken. Wer Brandt vorgeschlagen habe, sei ihm nicht bekannt. Es sei auch möglich, Brandt habe selbst seine Versetzung nach Berlin beantragt. Er habe ebenfalls Brandt gefragt, in welcher Weise er seine Nachrichten erhalte. Brandt habe ihm geantwortet, daß er sie durch den Verkehr mit ehemaligen Kameraden bekomme, denen er Geschenke mache; Geld gebe er ihnen nicht, er begehe durchaus nichts Strafbares. Allerdings habe er, Zeuge, den Eindruck gewonnen, daß die Nachrichten nur durch Indiskretion erlangt sein konnten. Er habe dies auch dem Direktorium nach Essen berichtet und die Einstellung der Berichterstattung befürwortet, da doch zum mindesten die Gefahr vorlag, daß sich die ehemaligen Kameraden, wenn auch nicht strafrechtlich, so doch disziplinarisch vergingen. — Vorsitzender: Es ist von Brandt behauptet worden, der Zeugleutnant Hoge habe ihn, Brandt um eine Anstellung bei der Artillerie-Prüfungskommission ersucht, Brandt habe sich an Herrn von Metzen gewandt und gefragt, ob er dies nicht bei Ihnen befürworten könne. v. Metzen habe mit Ihnen gesprochen und als er das zweite Mal an Sie herangetreten sei, sollen Sie gesagt haben: Ja, ich kann unmöglich noch einmal zu Exzellenz v. Buecking gehen, da er sonst etwas merken würde. — Zeuge: Ich kann mich an die Unterredung nicht mehr erinnern. Daß ich bei Herrn v. Buecking wegen des Zeugleutnants Hoge vorstellig wurde, oder daß ich diese Aeßerung zu Herrn v. Metzen getan haben soll, ist vollständig ausgeschlossen. — v. Metzen, nochmals befragt, bemerkt, er könne sich bei seiner langen Vernehmung verschiedentlich geirrt haben; in dieser Beziehung irre er sich jedoch nicht. Direktor Draeger habe ausdrücklich gesagt: ich kann unmöglich nochmals bei Exzellenz Buecking vorstellig werden, da er es sonst merken würde. — Direktor Draeger bezeichnet das wiederholt als ausgeschlossen. Diese Aeußerung habe er niemals getan und er habe auch Exzellenz Buecking niemals deshalb aufgesucht.

Auf nochmaliges Befragen durch den Vorsitzenden erklärte Zeuge Draeger: Was Tatsächliches an der Sache dran sein kann, ist folgendes: Brandt wandte sich ein- oder zweimal wegen dieser Sache an mich. Er sagte mir, er hätte einen guten Freund, der sich in die A. P. K. gemeldet habe. Brandt hätte sich deswegen schon an Metzen gewandt, dieser habe aber ihm geantwortet, er hätte keine Verbindung mit der Feldzeugmeisterei, Brandt möge sich doch mal an Draeger wenden. Das hat mir Brandt gesagt. Ich habe ihn nicht so abfallen lassen, wie v .Metzen erklärt, sondern ich habe die Sache auf die leichte Achsel genommen und nicht das geringste veranlaßt. In acht Tagen kam Brandt wieder zu mir, und da sagte ich ihm: Soll ich schon wieder zu Exzellenz v. Buecking gehen? Kennen Sie Exzellenz v .Buecking überhaupt? Brandt verneinte das, worauf ich sagte: Nun, das erste wäre, daß er mich hinausschmeißen würde, und daß dann Ihr Freund auch noch hineinfiele. — Zeuge v. Metzen: Es ist also so wie ich gesagt habe. Brandt hatte mir bis dahin nicht gesagt, daß er sich an Draeger gewandt hatte. Ich habe ja auch nicht bekundet, daß Draeger dort gewesen ist, sondern nach meiner Erinnerung nur erklärt, was Draeger mir gesagt hat. — Zeuge Draeger: Ich kann mich dessen beim besten Willen nicht entsinnen. — Oberstaatsanwalt: Was sollte mit den Worten gesagt sein: „Soll ich schon wieder zu Exzellenz v. Buecking gehen?" — Zeuge Draeger: Das sollte nur heißen: Kommen Sie schon wieder mit dem Ansinnen, daß ich zu Exzellenz v. Buecking gehen soll? Ich kenne Hoge gar nicht, bin auch nicht für ihn oder für sonst jemand eingetreten. — Zeuge v. Metzen: Hat Draeger vielleicht etwas Aehnliches mir gesagt, wie das, was er dem Angeklagten Brandt gesagt hat? — Zeuge Draeger: Ich entsinne mich einer solchen Aeußerung zu v. Metzen nicht. Es kann ja eine Lücke in meinem Gedächtnis vorhanden sein. — Auf weiteres Befragen bleibt Zeuge v. Metzen ganz entschieden bei seiner Behauptung. Ihm sei kein Mißverständnis unterlaufen. — Vorsitzender zum Angeklagten Brandt: Weshalb haben Sie nichts davon gesagt, daß Sie sich wegen der Unterbringung Hoges an Draeger gewandt haben? — Brandt: Es war mir nicht mehr erinnerlich; es ist aber möglich, daß ich mich auch an Herrn Draeger in dieser Sache gewandt habe. Es ist auch möglich, daß ich mich zweimal an Draeger gewandt habe.

Der Vorsitzende versuchte noch weiter durch Befragen des Angeklagten Brandt und des Zeugen v. Metzen Aufklärung in diese Sache zu bringen. Da erklärte der Angeklagte Eccius der Verhandlung wegen Erschöpfung nicht mehr folgen zu können. Der Vorsitzende vertagte deshalb die Verhandlung auf Montag vormittag 9 Uhr.

Ein Gegenstück zu dem Krupp-Prozeß

spielt sich zurzeit vor der 5. Strafkammer des Kgl. Landgerichts Berlin I ab. Es handelt sich hier um Terrainspekulationen, die vor dem Ankauf des Zossener Schießplatzes zum Schaden von Grundstücksbesitzern, sowie einiger Gemeinden und des Militärfiskus vorgenommen worden sind. Der Angeklagte ist der Schriftsteller Sebald in Steglitz bei Berlin, der den Spekulanten ein Haus für 25 000 Mk. verkauft und dieses Geld angeblich glatt verloren hat. Er hat am 30. Mai d. J. folgenden Brief an den Kriegsminister v. Falkenhayn gerichtet:

„An Se. Exzellenz den Herrn Kriegsminister richte ich im öffentlichen Interesse den Antrag, gegen den Herrn Kriegsrat Selle ein Disziplinarverfahren einzuleiten, um zu ermitteln, inwieweit er und seine Freunde beteiligt waren an den unlauteren Geldverdiensten, die der Kommissar des königl. Kriegsministeriums Amtsvorsteher Richter in Sperenberg für sich und seine Freunde beim Terrainerwerb für den Zossener Schießplatz auf die Seite gebracht hat. Richter hat die öffentliche Anschuldigung der Untreue ohne Klageerhebung auf sich sitzen lassen. Nur ein Disziplinarverfahren mit eidlichen Zeugenaussagen kann feststellen, wer die von dem Legationsrat v. Schwerin in der „Kreuzzeitung" bloßgestellte falsche Berichtigung des Kriegsministeriums in dieser Sache verschuldet und wer den ausgeschiedenen Dezernenten Herrn v. Staabs zu einer objektiv unrichtigen Erklärung in gleicher Sache vor dem Reichstag veranlaßte. Als Angehöriger einer alten, hochgestellten preußischen Beamtenfamilie habe ich den Wunsch, daß diese Sache geklärt wird, ehe die Sozialdemokratie eingreift. Mein Rechtsanwalt besitzt aktenmäßige Beweise. —

Max Sebald,
Direktor der Gemeinnützigen Gesellschaft Selecta, Steglitz."

Der Kriegsminister stellte Strafantrag wegen Beleidigung des Geheimen Kriegsrats Selle.

Der Angeklagte führte aus, er führe bereits seit 30 Jahren einen Kampf gegen das Grundstücks-Spekulantentum. Dieser Kampf habe ihm bereits 40 000 Mk. gekostet. Er habe scharfe Artikel veröffentlicht, ohne daß die Staatsanwaltschaft gegen ihn eingeschritten sei. Der Amtsvorsteher und Kommissionsrat Schmidt in Sperenberg habe sogar, ohne zu klagen, den öffentlich erhobenen Vorwurf der Untreue auf sich sitzen lassen. Um ein Strafverfahren herbeizuführen, habe er dann mehrere höhere Beamte scharf angegriffen und gegen sich selbst Strafantrag gestellt. Oberstaatsanwalt Preuß habe ihm aber, nachdem er einem Ministerialdirektor den Vorwurf des Amtsmißbrauchs gemacht habe, mitgeteilt, ein Strafverfahren könne nicht eingeleitet werden, da ein Strafantrag nicht gestellt sei. Auch der Kriegsminister v. Heeringen sei nicht gegen ihn eingeschritten. Als dann der neue Kriegsminister v. Falkenhayn sein Amt angetreten hatte, habe er sich an diesen gewandt. Er habe mit seinem Schreiben aber nicht die Absicht der Beleidigung gehabt, sondern er wollte nur feststellen lassen, in welcher Weise Beamte des Kriegsministeriums an der Sache beteiligt seien. Er habe das im Interesse des Vaterlandes getan. Kriegsrat Selle erklärte, als Zeuge vernommen, der vom Angeklagten erhobene Vorwurf, daß durch Indiskretionen eines Beamten oder Beauftragten des Kriegsministeriums eine Grundstücksspekulation ermöglicht worden sei, sei ein reines Phantasiegebilde. Das Land zu dem Zossener Truppenübungsplatze sei von den Bauern direkt gekauft worden, mit einer einzigen Ausnahme. Auch sei in der Zeit von 1904/05 in dem Kriegsministerium kein Gedanke daran gewesen, in der Nähe von Zossen einen Uebungsplatz zu schaffen. Nach seiner Meinung sei von allen Stellen das Dienstgeheimnis voll gewahrt worden, niemand habe vor 1907 etwas von der beabsichtigten Erwerbung des Geländes bei Zossen wissen können.

Die Verteidiger des Angeklagten, Rechtsanwälte Bahn und Kniep, beantragten, zwei Zeugen zum Beweise dafür zu laden, daß bereits im Jahre 1900 Uebungen der Garderegimenter bei Zossen stattgefunden haben und daß dort bereits 1906 bekannt geworden sei, daß ein Uebungsplatz bei Zossen angelegt werden sollte. 15 weitere Zeugen sollen bekunden, daß von den Plänen des Kriegsministeriums mehrere Personen Kenntnis erhalten hatten. Zum Beweise dafür, daß die Angelegenheit vorzeitig verraten worden sei und Bestechungsgelder in Aussicht gestellt, auch bei dem Ankauf der Ländereien Mittelsmänner und Strohmänner benutzt worden seien, wird auf das Zeugnis der Kreisausschuß-Obersekretäre Hünecke und Humm, des Ortsvorstehers Kettlitz, des Kaufmanns Siebert, des Landbauinspektors Wulff u. A. Bezug genommen. Landrat v. Achenbach und Direktor der Kreissparkasse Hannemann sollen bestätigen können, daß die Spekulanten von den Beamten in der Oeffentlichkeit verteidigt worden sind.

Das Gericht beschloß, den Generalmajor v. Loebell, den Senatspräsidenten Queck, den Bürgermeister Dr. Wirth, den Pastor Stier, den Professor Hentig und den Kommissionsrat Richter als Zeugen zu laden und die Verhandlung auf Sonnabend vormittag 9 Uhr zu vertagen.

Am Sonnabend, dem zweiten Verhandlungstage wurde mit der Vernehmung der Zeugen begonnen. Generalmajor v. Loebell bestreitet, daß auf dem Zossener Gelände militärische Übungen abgehalten wurden, ehe das Kriegsministerium mit seinem Plan hervortrat, in Zossen Gelände zu erwerben. Wohl sei der Staat durch jene Spekulantengewinne schwer geschädigt, jedoch sei nicht festzustellen, daß die Leute durch Beamte des Kriegsministeriums vorher informiert worden seien. — Der Verteidiger fragte, wie es denn komme, daß die Herren, die dort spekuliert haben, alle Mitglieder des Kreistages sind und gerade dasjenige Gelände angekauft haben, das für den Fiskus besonders wichtig war. — Zeuge v. Loebell gab zu, daß die Spekulanten Informationen erhalten haben müssen. Auf weiteres Befragen wurde festgestellt, daß Geheimrat Selle aus der nächsten Umgebung von Zossen stammt und dort Verwandte hat. Rechtsanwalt Bahn betonte noch, es sei doch auch sehr auffällig, daß z. B. aus dem Jagdgut des Senatspräsidenten Queck gerade die Stellen herausgekauft worden sind, die später für das Kriegsministerium von besonderer Wichtigkeit waren. Major v. Thär vom Generalstab des Gardekorps erklärte, das erste Aktenstück über den Ankauf des Zossener Schießplatzes sei vom 2. Februar 1907 datiert. — Rechtsanwalt Bahn weist darauf hin, daß schon im Jahre 1899 die Absicht bestanden haben soll, dort Schießstände einzurichten. — Prof. Hentig bekundete, es seien schon seit langen Jahren im Hinblick auf die Einrichtung eines Schießplatzes in der Zossener Gegend dort Grundstücksgeschäfte gemacht worden. Im Jahre 1908 habe er das Kriegsministerium auf die Grundstückspreise in der Gegend von Zossen aufmerksam gemacht, auch ein Terrain bezeichnet, das der Fiskus hätte umsonst haben können. Ihm sei aber geantwortet worden, daß die Verträge schon sehr günstig abgeschlossen seien und neue Angebote nicht mehr angenommen werden könnten. Auch habe ihm der Senatspräsident am Kammergericht Queck gesagt, die Spatzen pfeifen von den Dächern, daß die Bauern von zwei Herren arg übers Ohr gehauen worden seien. Bei der weiteren Verhandlung wurde auf kurze Zeit die Öffentlichkeit ausgeschlossen, da Geheimrat Selle Auszüge aus den Geheimakten wiedergab. — Eine Reihe neuer Beweisanträge wurde vom Gericht abgelehnt, worauf der Staatsanwalt mit seinem Plädoyer begann. Er beantragte, den Angeklagten wegen übler Nachrede im Sinne des § 186 Str.-G.-B. zu 9 Monaten Gefängnis zu verurteilen. Das Gericht erkannte nach längerer Beratung auf drei Monate Gefängnis. In der Begründung des Urteils hob der Vorsitzende hervor, strafmildernd sei dem Angeklagten zugute gerechnet worden, daß er an gewisse Unregelmäßigkeiten beim Verkauf der in Betracht kommenden Terrains geglaubt habe. Aber der Vorwurf gegen den Geheimrat Selle sei ein unerhörter, und der Angeklagte sei mit unglaublicher Frivolität vorgegangen, indem er irgend einen Beamten aus dem Kriegsministerium herausgegriffen habe, ohne von dessen Schuld irgendwie überzeugt zu sein. Deshalb hat das Gericht auf eine empfindliche Freiheitsstrafe erkannt. — Die Verteidigung hat gegen das Urteil Revision angemeldet.

Soziales.

Ein hungernder Veteran. Mit der Zeit sind bei zunehmendem Alter eine Menge Kriegsveteranen in bittere Not geraten. In Festreden werden sie zwar gerühmt, doch was bisher zur Linderung ihrer Not geschehen ist, sieht Almosen sehr ähnlich, und noch immer besteht der beschämende Zustand, daß Veteranen betteln müssen oder der Armenpflege der Gemeinden anheimfallen. Der 67 Jahre alte Arbeiter und Veteran Wilhelm Arnold aus Erfurt hatte bei der Landesversicherungsanstalt Sachsen-Anhalt den Antrag auf Gewährung der Invalidenrente gestellt. Da ein Vertrauensarzt der Versicherungsanstalt begutachtete, daß der Antragsteller noch über eine Erwerbsfähigkeit von 50 Prozent verfüge, so wurde der Rentenanspruch abgewiesen. A. legte Berufung ein. Das Oberversicherungsamt in Erfurt erteilte nun einem anderen Arzte den Auftrag, eine nochmalige Untersuchung des Antragstellers vorzunehmen. Dieser stellte fest, daß A. infolge von Altersbeschwerden, Rheumatismus und Schlagaderverhärtung Invalide im Sinne des Gesetzes sei. Der Kranke hatte außerdem früher Brüche des rechten Schlüsselbeins und des linken Oberschenkels erlitten. A. erschien persönlich in der Verhandlung vor dem Oberversicherungsamt. Er ist ein schwerfälliger, offenbar an Unterernährung leidender Greis. Die Beine sind steif und von dem Rheumatismusleiden, das schon seit Jahren an der Lebenskraft des Mannes zehrt, gekrümmt. Das Gehen verursacht ihm große Mühe. Der Vorsitzende richtet mit freundlicher Stimme einige Fragen an ihn und ersucht ihn besonders um Aufklärung über seine Erwerbsverhältnisse. Mit stockender Stimme antwortet der Veteran; doch was er sagt, ist eine furchtbare Anklage gegen den Klassenstaat. Bis zum Januar dieses Jahres habe er etwas Arbeit in einer Gärtnerei verrichtet, dann sei er beschäftigungslos geworden. Seine Bemühungen, wieder Arbeit zu erhalten, waren vergeblich. Etliche Unternehmer hätten ihm gesagt, nachdem sie seinen körperlichen Zustand einer Betrachtung unterzogen: „Was sollen wir denn mit Ihnen machen, solche Leute können wir nicht gebrauchen." Nun müsse er von einer kleinen Veteranenbeihilfe und vom Verdienst seiner Ehefrau leben, der pro Tag 80 Pfg. betrage. Früher habe er noch eine kleine Unfallrente erhalten, doch habe ihm die Berufsgenossenschaft geschrieben, er möge sich an die Landesversicherungsanstalt wegen Gewährung der Invalidenrente wenden; denn da er sich an seinen Unfall „gewöhnt" habe, müsse sie die Zahlung der Unfallrente einstellen. Er befinde sich heute in einer verzweifelten Lage und er wisse nicht, wo er das Geld für drei Monate rückständige

Miete hernehmen solle. Angesichts des Eindrucks, den die ausgehungerte Gestalt des Veteranen auf die Beisitzer am Oberversicherungsamtes machte, erklärte der Vertreter der Landesversicherungsanstalt, er wolle die Invalidität anerkennen und die Rente zahlen. Das in einer öffentlichen Verhandlung aufgerollte Elendsbild aus dem Leben dieses Veteranen läßt es begreiflich erscheinen, wie es kommt, daß verhältnismäßig viele alte Kriegsteilnehmer aus Not ihrem Leben freiwillig ein Ende machen.

Kommunales.

Die Stuttgarter Polizei auf der Anklagebank. Die städtische Polizei in Stuttgart hatte bekanntlich eine Anzahl Arbeitslose, die Einladungszettel zu sozialdemokratischen Versammlungen gegen den Jahrhundertrummel auf den Straßen verteilten, verhaftet, im Gefangenenwagen befördert, stundenlang mit gemeinen Verbrechern zusammengesperrt und dem Fingerabdruckverfahren unterworfen. Der Grund dieses Vorgehens war der: Die Zettel enthielten den Text eines polizeilich verbotenen Plakats und es fehlte darauf der Name des Verlegers. Mit den gegen die Zettelverteiler erkannten Polizeistrafen von 1 Mark stand die ihnen widerfahrene Behandlung nicht im Verhältnis. Parteisekretär Bullmer, der Herausgeber der Zettel, erhielt eine Geldstrafe von 50 Mark, gegen welche gerichtliche Entscheidung beantragt ist. — Die Sozialdemokraten und die volksparteilichen Gemeindevertreter machten das Verfahren der Polizei zum Gegenstand einer Interpellation im Stadtverordnetenkollegium. Der Polizeidirektor verteidigte seine Maßnahmen in sehr herausfordernder Weise, wurde aber von unseren Genossen scharf in die Schranken gewiesen. Es wurde ihm nachgewiesen, daß er sehr hart die Grenzen der Ungesetzlichkeit gestreift habe, und er mußte sich weiter sagen lassen, sein Vorgehen sei politisch eine Eselei. Der Redner der Volkspartei bejahte die Frage nach der gesetzlichen Zulässigkeit der polizeilichen Maßnahmen gerade noch, bestritt aber ihre Notwendigkeit und Zweckmäßigkeit. Selbst aus den nationalliberalen Reden klangen Zweifel heraus, ob der Polizeidirektor klug gehandelt habe. Die bürgerlichen Stadtverordneten konnten sich aber nicht dazu aufschwingen, dem sozialdemokratischen Antrag zuzustimmen, der aussprach, daß das Vorgehen der Polizei nicht zu billigen sei. Nur die Sozialdemokraten stimmten für diesen Antrag. Annahme fand dagegen ein zweiter sozialdemokratischer Antrag, der eine Revision der jetzigen Polizeivorschriften für notwendig erklärt und einen Ausschuß mit den Vorbereitungen beauftragt. Ein von nationalliberaler Seite geplantes Vertrauensvotum für den Polizeidirektor kam nicht zustande, da die Volksparteiler aus Gründen der Geschäftsordnung die Zustimmung versagten. Die Wirkung dieser Debatte äußerte sich in einem vom Polizeidirektor an den Stadtvorstand gerichteten Gesuch um sofortige Enthebung von seinem Amte. Der Direktor kam im vorigen Jahre von München, wo er sich vom Staatsdienst beurlauben ließ, nach Stuttgart, um hier die Polizei zu reformieren. Sein Reformeifer hat bisher wenig Anerkennung bei der Stuttgarter Einwohnerschaft gefunden. Eine Entscheidung über das Entlassungsgesuch wurde noch nicht getroffen.

Aus dem Gerichtssaal.

Ein neuer Sittenskandal? Der Generalintendant der Kl. Schauspiele, Graf v. Hülsen-Haeseler, hat den Redakteur der „Deutschen Montags-Zeitung", Steinthal, wegen gröblicher Beleidigung verklagt. Das Blatt brachte unter dem Titel „Herrn von Hülsens Ende" am 4. August einen Artikel über den Rücktritt des Grafen von der Leitung der Kgl. Theater. Scharf kritisiert wurde darin das Regime Hülsens und gleichzeitig wurden Andeutungen darüber gemacht, daß bei Entlassungen nicht immer die Kunst und die Stimme der Schauspieler, sondern deren „persönliche" Beziehungen zu Hülsen ausschlaggebend gewesen seien. Steinthal sagt, er wolle den Skandal nicht, doch wenn man ihn zur Selbstverteidigung zwinge, so werde er auspacken. Es hänge nicht von ihm ab, ob der Prozeß sich zu einem zweiten Eulenburgprozeß entwickelt oder nicht. Termin zur Verhandlung dieser Prozeßsache war auf den 3. November vor der 11. Strafkammer des Berliner Landgerichts I angesetzt. Da aber diese Kammer noch immer mit dem Krupp-Prozeß beschäftigt ist, so wurde dieser Termin auf unbestimmte Zeit verschoben.

Ein meineidiger Polizeibeamter. Das Schwurgericht in Bonn verurteilte den Polizeibeamten Haag aus Rheinbach wegen Falscheides zu zweieinhalb Jahren Zuchthaus. Haag hatte ein heimliches Liebesverhältnis unter seinem Eid in Abrede gestellt.

Aus Nah und Fern.

Waghalsige Fliegerkunststücke. Der französische Flieger Pegoud hat einen deutschen Nachahmer gefunden. Am 30. Oktober vollführte in Berlin der Chefpilot der Sportfliegergesellschaft, Alfred Friedrich, mit einer schweren Etrichtaube zwei hervorragende Schaufluge. Beim zweiten Aufstieg war er von einem Passagier begleitet. Zunächst stieg er allein auf, kletterte auf etwa 100 Meter Höhe und senkte sich dann in beängstigend scharfen Spiralen, wobei die Flügel des Apparats fast vertikal standen, zur Erde nieder. Nachdem er einen Passagier aufgenommen hatte, erhob er sich zu einer Höhe von etwa siebenhundert Metern, stellte den Apparat zum Sturzflug ein, so daß der Schwanz der Taube fast senkrecht gen Himmel zeigte und sauste aus dieser Höhe mit rasender Geschwindigkeit zur Erde. Die Zuschauer glaubten, daß er und sein Begleiter in den nächsten Augenblicken unter der Maschine zertrümmert am Boden liegen müßten, als Friedrich mit sicherer Hand in hundert Meter Höhe die Taube wieder emporriß und wenige Sekunden später in elegantem Gleitflug vor den Tribünen landete.

Nach dem Genuß von Hackfleisch erkrankt. Im Osten Berlins sind etwa 25 Personen nach dem Genuß von gehacktem Fleisch unter Vergiftungserscheinungen erkrankt. Der Rest des Fleisches wurde beschlagnahmt. Lebensgefahr besteht zurzeit bei keinem der Erkrankten.

Aus der Höhen der Wellen. Der seit längerer Zeit arbeitslose Dekorationsmaler Mauthschessel in Dresden hat Sonntag morgen, nachdem seine Frau zum Zeitungsaustragen die Wohnung verlassen hatte, seine beiden fünf- und sechsjährigen Töchter in einer Wanne ertränkt und auch versucht, seinen achtjährigen Sohn zu töten. Als infolge des Geschreies des Knaben die zehnjährige Tochter und sein dreijähriger Sohn erwachten, ließ er von ihm ab und erhängte sich.

Unter schwerem Verdacht. In Oberschöneweide bei Berlin wurde der frühere Regimentsgehilfe Max Kiekebusch unter dem Verdacht, seine drei Kinder, zwei Knaben und ein Mädchen, ermordet zu haben, verhaftet. Die drei Kinder starben alle bald nach der Geburt. Nach der Beerdigung des letzten Kindes schöpfte man Verdacht und es wurde die Exhumierung der Leiche angeordnet. Die Sektion ergab, daß das Kind vergiftet worden war. Der anscheinend geistesgestörte Kiekebusch bestreitet alles.

Das Auto im Graben. Sonntag abend stürzte auf der Chaussee von Potsdam nach Bornim ein mit etwa 50 bis 60 Personen besetzter Automobil-Omnibus in den Straßengraben. Etwa 12 bis 15 Personen erlitten Schnitt- und Quetschwunden leichter Natur. Der Unfall entstand dadurch, daß plötzlich die Lampe des Autos erlosch und der Chauffeur die Straße nicht übersehen konnte.

Familiendrama. In München wurde der Arzt Hallmeyer mit durchschnittener Kehle in seiner Wohnung aufgefunden. Er hatte vorher seiner Frau und seinem 10jährigen Sohn, sowie seiner 12jährigen Tochter ebenfalls den Hals durchgeschnitten. Das Motiv sollen unglückliche Spekulationen gewesen sein.

4500 Mark Postgelder verschwunden. Die Tageskasse des Postamts Großauheim ist auf dem Wege von Großauheim nach Hanau spurlos verschwunden. Als Freitag abend auf dem Bahnhof Hanau die Post sortiert wurde, stellten die Beamten fest, daß ein Postwertstück fehlte, das 4500 Mark Bargeld enthielt. In dem Paket befand sich die Tagespostkasse des Postamts Großauheim, die jeden Abend an das Postamt Hanau abgeliefert wird. Das Paket sollte mit dem aus Berlin kommenden Zuge am Ostbahnhof in Hanau eintreffen.

Folgenschwere Explosion. Als auf dem Schießplatz der Skodawerke in Pilsen ein 7½-Zentimeter-Feldgeschoß, das nach dem Abschießen nicht explodiert war, von einem Geschoßmeister demontiert werden sollte, fiel das Geschoß zu Boden und explodierte. Der Geschoßmeister und ein Arbeiter kamen ums Leben, zwei andere Arbeiter wurden schwer verletzt.

Ja, ich bin klug und weise . . . Die Großmächte haben bekanntlich den albanischen Thron einem Fürsten Wilhelm zu Wied angeboten. Die Albaner versetzte diese Wahl in eine peinliche Verlegenheit, denn der Mann war gänzlich unbekannt, so daß sie sich über seine Eignung zum Herrscherberuf absolut kein Urteil bilden konnten. Nun aber kommt eine Nachricht, nach der man wohl mit ruhigem Gewissen behaupten darf: die Albaner können sich freuen; sie bekommen einen Monarchen, der sich gewaschen hat. Wie nämlich aus einer Meldung der „Neuen Freien Presse" hervorgeht, ist der Fürst zu Wied sowohl klug als auch weise. Klug — denn „er scheint bereit zu sein, sich der schweren Lebensaufgabe der Regierung von Albanien zu widmen". Ja, „er möchte dieses seit Jahrhunderten in Kämpfe verstrickte und kulturell vernachlässigte Land zu einer Stätte menschlicher Gesittung machen". Weise — denn er verhandelt mit den Mächten bereits über „die finanziellen Voraussetzungen" seiner Thronbesteigung. Nicht, daß er bei der Geschichte etwas verdienen möchte, o nein! Aber er will auch nicht zusetzen, er will nicht mit Verlust arbeiten, er will wenigstens auf seine Spesen kommen. Um sein Kapital nicht angreifen zu müssen, verlangt er „die Errichtung eines Kondominiums in Albanien", aus dessen Erträgnissen er, wenn er schon für das Regieren nichts berechnet, doch wenigstens die Repräsentationskosten herausschlagen kann. Aber das ist noch nicht alles, der Fürst zu Wied denkt weiter. Er rechnet mit der Möglichkeit, daß ihm die Geschichte in Albanien zu dumm wird. Er hält es auch nicht für ausgeschlossen, daß sie den Albaniern zu dumm wird. Was soll geschehen, wenn einer von diesen Fällen eintritt? Das muß jetzt abgemacht werden, erklärt er. Und er verlangt „gewisse Garantien für den Fall, daß er entweder freiwillig oder durch Umstände gezwungen von der Regierung zurücktreten würde". Also je nachdem, eine Arbeitslosenunterstützung oder eine Unfallrente. Diese Forderung werden manche als Beweis einer krämerhaften Aengstlichkeit ansehen, aber sie ist wahrhaft königlich. Denn die Lage der Könige hat sich, das darf man nicht außer acht lassen, im Laufe der letzten Zeit sehr geändert. Zwar die Lohnverhältnisse sind nicht schlecht, die haben sich in der letzten Zeit entschieden sehr gebessert, aber die Existenz der Monarchen wird von Tag zu Tag unsicherer und gefahrvoller. Das Monarchenrisiko wird immer größer. Es kommt vor, daß ein Fürst nicht nur sein Land verlassen muß, sondern bei dieser Gelegenheit auch noch in Schwulitäten gerät. Kurz, die Forderungen des Fürsten zu Wied zeigen, daß er eine durchaus moderne Auffassung vom Fürstenberuf hat, daß ihm die verzopften Anschauungen vergangener Zeiten vollständig fremd sind. Und mehr kann ein Volk von seinem Herrscher nicht verlangen. Glückliche Albaner!

Der Tod durch Brunnengase. Bei Reparaturen in den Kanälen der städtischen Wasserwerke in Posen wurden der Betriebsleiter des städtischen Wasserwerkes zu Kosten, Gustav Schröder, und der Arbeiter Kysnierek durch das Einatmen giftiger Gase getötet.

Die Wirkungen des warmen Herbstes. Aus Bergisch-Gladbach wird berichtet: Eine zweite Waldbeerenernte scheint es in diesem Jahre hier zu geben. Im Walde findet man allenthalben vollreife Beeren, die von den Kindern eifrig gesucht werden. — Die gleiche Naturseltenheit wird aus der Gegend von Manderscheid in der Eifel gemeldet. Dort kann man in dem Walde zwischen Schutz und Dendesfeld eine ganze Anzahl frischer Waldbeeren sehen. Die Beeren sind schön, fest, dick und wohlschmeckend, die Sträucher reichlich behangen.

Ein Mord nach 27 Jahren aufgeklärt. Im Jahre 1886 war der Reisende Aug. Rose von Freckenhorst i. Westf. auf einer Tour ins Münsterland verschwunden. Alle Nachrichten blieben erfolglos. Auch seine zurückgelassene Familie erhielt nie wieder ein Lebenszeichen von ihm. Jetzt ist nun plötzlich von der Staatsanwaltschaft in Reichenberg in Böhmen beim Freckenhorster Amte die Mitteilung eingegangen, daß dort eine Frau auf dem Sterbebette ausgesagt habe, ihr Stiefvater habe im Jahre 1886 einen Reisenden Rose aus Freckenhorst in Westfalen ermordet. Der angebliche Mörder, der inzwischen ein alter Mann geworden ist, wurde bereits verhaftet und das Ermittlungsverfahren eingeleitet.

Der fromme Bettel. Die Oberin des Klosters Abshoven in Wehr (Bezirk Aachen) versendet an die Gläubigen fromme Bettelbriefe, um Gelder für eine Kapelle zu sammeln, deren Inventar noch nicht voll bezahlt ist. Dabei werden den frommen Spendern die Segnungen des Heiligsten Herzens Jesu nach folgender Taxe verheißen: 1. Wer einmal eine Mark bezahlt, bekommt jeden ersten Sonntag im Monat eine heilige Messe für sich, jeden ersten Montag eine heilige Messe für seine verstorbenen Angehörigen und Anteil an allen Gebeten und Kommunionen; 2. Wer 5—10 Mark zahlt, wird in ein Wohltäterregister, das auf dem Hauptaltar ruht, eingeschrieben. 3. Wer einen Beitrag von 50 Mark gibt, wird als Stifter dieser Kapelle angesehen und sein Name auf einer Marmorgedenktafel im Chor der Kapelle angebracht. — Diese frommen Verheißungen geschehen unter ausdrücklicher Druckerlaubnis des erzbischöflichen Ordinariats in Köln. Man sieht, daß der fromme Bettel trotz allen Widerspruchs im klerikalen Lager munter weiter blüht.

Ein Eilzug im Flammenmeer. Durch die Geistesgegenwart eines Lokomotivführers ist der Expreßzug von London nach Holyhead vor einer großen Gefahr bewahrt worden. Der auf der Strecke befindliche Bahnhof von Llandulas in der Grafschaft Denbigh, der, wie viele kleine englische Bahnhöfe, völlig aus Holz gebaut ist, war kurze Zeit vor Ankunft des Zuges in Brand geraten. Das Feuer hatte so schnell um sich gegriffen, daß die gesamten Bahnhofsanlagen, Schuppen, Telegraphengebäude, Weichenstellerhäuser ein riesiges Feuermeer bildeten. Auch die Schienen waren stark erhitzt und drohten die Bordschwellen in Brand zu setzen. Der Lokomotivführer war geistesgegenwärtig genug, um die Situation zu überschauen. Er gab Volldampf und durchfuhr den brennenden Bahnhof mit einer Geschwindigkeit von 90 Kilometern. Es gelang ihm auch, den Zug glücklich durch die Flammen hindurchzubringen. Von den Passagieren selbst hatte niemand Schaden genommen, nur an einigen Wagen des Zuges waren durch die starke Hitze die Coupeefenster gesprungen.

Literarisches.

„Verflucht sei der Acker . . .", Drama in 3 Akten von Robert Nespital und Franz Starosson. Verlag der „Mecklenburgischen Volkszeitung" in Rostock. Preis 1 Mk. Als nach der biblischen Sage die ersten Menschen einmal schwach gewesen und gegen ein sehr überflüssiges Gebot des Herrn verstoßen hatten, da wurde ihnen für ihre Missetat eine Strafe, die in keinerlei Verhältnis zu der Übertretung stand. Sogar der Acker wurde deswegen verflucht und dazu verdammt, Dornen und Disteln zu tragen. Im Schweiße des Angesichts muß er bearbeitet werden, wenn er das Brot für den Hunger der Menschen heranwachsen lassen soll. Der Acker bringt heute denen Segen, die ihn besitzen, jedoch mit dem Schweiße anderer düngen lassen. Aber von den Landproletariern, die um geringen Lohn als willenlose Werkzeuge ihrer Herren schuften und rackern und dafür oft obendrein noch eine menschenunwürdige Behandlung ertragen müssen, lastet noch immer jener biblische Fluch. In das Leben dieser Sklaven der Junker greifen Starosson und Nespital hinein und formen daraus ein Drama, das in seiner Einfachheit und Urwüchsigkeit den Leser packt und in seinen Bann zieht. Wie ein Wurm sich krümmt, wenn er getreten wird, so bäumen sich diese mit ihrer Scholle aufs innigste verbundenen Landproletarier erst auf, als man sie mit Füßen tritt und ihnen ihr Liebstes raubt. Das Ende ist dann ein solches mit Schrecken: die Mutter, deren Kind man böswilligerweise in eine Fürsorgeanstalt bringt, zündet das Herrenhaus an; der Vater wird vom „Herrn" niedergeknallt, als er sein Weib schützen will, das im Wahnsinn endet. Wirksam charakterisierte Gestalten in dem Drama, dem man nur einen etwas weniger krassen Ausklang wünschen möchte, sind auch ein mit drastischem Mutterwitz ausgestatteter Hofgänger und der salbaderude Pastor, der mit frommem Augenaufschlag alles den Armen von ihren Unterdrückern zugefügte Unrecht beschönigt. Es ist zweifellos, daß das Drama von der Bühne herab vor allem auf das Arbeiterpublikum eine tiefe Wirkung auslösen würde. Aber wo findet sich eine Bühne, die so unabhängig von dem zahlungsfähigen aber geistig armen Publikum, das sich im Theater nur vergnügen will, ist, um die Aufführung zu ermöglichen. P. L.

Von den Abhandlungen und Vorträgen zur sozialistischen Bildung, herausgegeben vom Genossen Grunwald, ist soeben Heft 10 erschienen, in dem Georg Stiekloff **„Marx und die Anarchisten"** behandelt. Das Heft gibt eine sehr gewissenhafte historische und theoretische Zusammenstellung, die heute nicht nur geschichtlichen, sondern auch einen großen aktuellen Wert besitzt. Wir erinnern nur, daß viele derjenigen Probleme, die im Gegensatz zu Marx von Proudhon, Weitling, Bakunin, Most ganz anarchistisch behandelt wurden, wie die Fragen des Parlamentarismus, der direkten Aktion, heute bei den Fragen des Syndikalismus, und des Antiparlamentarismus erneut eine große Rolle spielen. Stiekloff behandelt diese Fragen in einer ruhigen und sachlichen Art, so daß, wie man auch immer zu den Problemen selbst stehen mag, man das Heftchen mit großem Nutzen lesen und für die eigene Fortbildung wird benutzen können. Das Heft umfaßt 70 Seiten und kostet bei der bekannten guten Ausstattung dieser Sammlung nur 50 Pfg. Es ist durch unsere Buchhandlung zu beziehen.

Ein schönes Verdi-Heft hat die Stuttgarter „Neue Musik-Zeitung" zu Beginn ihres neuen Jahrgangs anläßlich des hundertsten Geburtstages des Meisters herausgebracht. Neben einer Reihe interessanter Aufsätze, einer an Ort und Stelle von dem Mailänder Musikschriftsteller E. Thieben geschriebenen Skizze „Aus Verdis Heimat" und einer musikalischen Novelle „O, wie so trügerisch" bietet das Heft über 20 Illustrationen, eine Kunstbeilage und als besonderen Beitrag 8 Seiten Musikbeilage aus der lyrischen Komödie „Fallstaff". Heft 1 des neuen Jahrgangs ist ebenfalls wieder vielseitig. Paul Bekker schreibt über die aktuelle Frage des deutschen Musikkritikerverbandes, eine ausführliche biographisch-kritische Abhandlung beschäftigt sich mit Georg Schumann (nebst Porträt und Musikbeilage). Persönliche Erinnerungen an Wagners Aufenthalt in Moskau 1863, soziale Tagesfragen aus dem Musikerstande, biographische Skizzen über Künstler, Berichte aus dem modernen Musikleben füllen das reich illustrierte Heft. Sehr hübsch und anschaulich ist eine Plauderei „Wie ein Walzer entsteht". Die beliebte populäre Fachzeitschrift, die nun schon 35 Jahre besteht, ist allen Musikfreunden zu empfehlen. Probeheft versendet kostenlos der Verlag von Carl Grüninger in Stuttgart.

Ein lieber alter Freund unserer Kinderwelt, der vom Berliner Tierschutzverein herausgegebene Tierschutzkalender, ist soeben für das Jahr 1914 erschienen. Auch diesmal 48 Seiten stark, mit einem hübschen bunten Umschlag verziert, stellt er sich schon äußerlich dem farbenfrohen Auge des Kindes als willkommene Gabe dar. Gemütvolle kleine, teils lustige, teils ernste Geschichten, deren Wirkung noch durch 21 Illustrationen erhöht wird, wechseln mit Gedichten und Rätseln ab. Selbst ein in Musik gesetztes Liedchen findet sich vor. Das Büchlein wirkt sittlich befruchtend und anregend auf das Kinderherz, es erweitert und vertieft die Liebe zur Natur. Auch für Erwachsene ist manches gesagt. Sentimentalität haftet diesem Kalender nicht an. Sein billiger Preis ist nur durch die Massenauflage von 1 800 000 Stück möglich. Das einzelne Heft kostet im Deutsch-Oesterreichischen Postgebiet, vom Verlag, Berlin SW. 48, Wilhelmstr. 28, zugesandt, einschließl. Porto, 10 Pfg., 5 Stück kosten 35 Pfg., 10 Stück = 70 Pfg., 20 Stück = 1,30 Mk., 50 Stück = 3 Mk., 100 Stück nur 5 Mk., alles einschließl. Porto. Auf je 10 Stück gibt es noch 1 Kalender zu.

Heiteres.

Sicherer Schutz. Bäuerin: „Du hast doch heute nacht das Tor wieder nicht zugesperrt gehabt, du Saufaus!" — Bauer: „Wozu denn? Wo ich doch selber bis zum frühesten Morgen davor gelegen bin!"

Abschreckung. Herr: „Mein Diener ist furchtbar abergläubisch und ängstlich; deshalb erzähle ich ihm immer, wenn ich ihn in den Weinkeller schicken muß, eine recht gruselige Gespenstergeschichte, da ist er in einer Minute wieder zurück!"

(Aus „Meggendorfer Blätter".)

Verantwortlicher Redakteur: Johannes Stelling.
Verleger: Th. Schwartz. Druck: Friedr. Meyer & Co.
Sämtlich in Lübeck.